

17. isw-forum

Die kapitalistische Krise und die neue globale Machtverteilung

Conrad Schuhler

**Der Westen verliert seine Dominanz – Kooperation
und Konflikt in der neuen Weltordnung**

Richard D. Wolff

**Die Obama-Strategie: Amerikas neue Rolle
in der Weltwirtschaft**

Walter Baier

Die europäische Linke und die Krise

Peter Strutynski

**Gefährlicher als Terrorismus? Der Wirtschaftsabsturz
und die weitere Militarisierung der Weltpolitik**

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW _____ **REPORT NR.77**

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-report 77, Juni 2009

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Tel. 089/130041 Fax: 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion:

Conrad Schuhler (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
CONRAD SCHUHLER	
Der Westen verliert seine Dominanz – Kooperation und Konflikt in der neuen Weltordnung	3
RICHARD D. WOLFF	
Die Obama-Strategie: Amerikas neue Rolle in der Weltwirtschaft	9
WALTER BAIER	
Die europäische Linke und die Krise	16
PETER STRUTYNSKI	
Gefährlicher als Terrorismus? Der Wirtschaftsabsturz und die weitere Militarisierung	20

editorial

Das 17. isw-Forum stellte sich das Thema: "Die Kapitalistische Krise und die neue globale Machtverteilung". In seinem einleitenden Referat vertritt *Conrad Schuhler* die These, dass der Westen seine weltpolitische Dominanz verliere und dass die Krise diesen Prozess noch beschleunige. Die großen Schwellenländer, allen voran China, Indien, Russland und Brasilien, seien neue Global Player, ohne deren Kooperation keine wirksame Regulierung des globalen Kapitalismus mehr stattfinden könne. Auch unter der neuen Konstellation bleibe es bei der globalen Dominanz der Transnationalen Konzerne, die immer mehr auch von den Investitionen der Staatsfonds der Schwellenländer und deren eigene Transnationale Konzerne geprägt würden. Im Zueinander von Konflikt und Kooperation zwischen den Nationalstaaten würden die konfliktorischen Elemente zunehmen. Als Hauptkontrahenten stünden sich die USA und China gegenüber, was Schuhler anhand der Konflikte in Zentralasien und im Indischen Ozean darlegt.

Rick Wolff untersucht die Strategie der Obama-Regierung. Das vorrangige strategische Ziel Obamas sei es, die ernste Krise des neoliberalen Kapitalismus dadurch zu überwinden, dass er den Übergang von der "privaten Variante" des Kapitalismus zu einer staatlich gelenkten oder staatskapitalistischen Variante zu organisieren versuche. Die neue US-Regierung sei von den Problemen innerhalb der USA so beansprucht, dass sie der globalen Position der USA im Verhältnis dazu eine geringere Priorität einräume. Dennoch habe das Vorgehen der USA große Auswirkungen auf die internationalen Verhältnisse. Denn die vorgesehene Lösung der Probleme des US-Kapitalismus sei nur auf Kosten des Rests der Weltwirtschaft möglich.

Walter Baier nimmt sich der Frage an, wie sich die europäische Linke in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise schlägt. Wenn die Krise die Theorie der Linken über den Charakter des Kapitalismus bestätige, warum drücke sich das nicht in einer politischen Linksentwicklung in Europa aus. Es treffe zur Zeit eher das Gegenteil zu. Baier sieht die Gefahr einer Rechtsentwicklung und fragt, ob der Versuch, eine neue, linke Hegemonie zustande zu bringen, auf die Schwierigkeit stoße, die in die Alltagskultur eingedrungenen neoliberalen Wertorientierungen zu überwinden. Könne es sein, dass der Neoliberalismus sich als Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft blamiere, er aber als im Alltag wirksame Weltanschauung weder praktisch noch theoretisch überwunden sei.

Den Zusammenhang von Wirtschaftskrise und einer weiteren, gefährlichen Militarisierung der Weltpolitik spitzt *Peter Strutynski* zu der These zu, dass die Welt an der Schwelle eines neuen Kalten Krieges stehe. Auch er sieht als die entscheidenden weltpolitischen Gegenspieler die USA und China. China sei in eine Reihe von Konflikten involviert, die über die Region hinauswiesen und die "pazifische Hegemonialmacht USA" auf den Plan riefen. Auch unter Obama setze die USA auf globale "leadership", müsse aber, wie zum Beispiel in Afrika, feststellen, dass überall, wo die USA Fuß zu fassen versuchen, sich herausstelle, dass China bereits da sei. Anhand des Personals der Obama-Regierung belegt Strutynski die große Kontinuität in der Außen- und Militärpolitik der USA.

Conrad Schuhler

Der Westen verliert seine Dominanz – Kooperation und Konflikt in der neuen Weltordnung

Wir erleben derzeit einen historischen Umbruch der Weltgeschichte: Die Dominanz des Westens geht zu Ende. Nicht nur verlieren die USA ihren Status als nicht anzufechtende Supermacht, auch die so genannte G2, also die Gruppe Nordamerika und EU-Europa, ist nicht mehr imstande, die Geschehnisse der Welt in eigener Machtvollkommenheit zu prägen. Die Europäer verlieren ihren Status als Juniorpartner der Weltherrschaft sogar noch schneller als die USA den ihren als Senior. Die großen Töne der Lissabon-Strategie zu Anfang des Jahrhunderts, wonach die EU bis 2010 die größte Wirtschaftsregion der Welt werden wollte, klingen heute wie ein letzter imperialer Rülps der Europäer, mit deren Kolonialismus vor 500 Jahren die Vorherrschaft des Westens begonnen hatte.

Folgende Fragen sollen hier angesprochen werden :

- 1) Wie stellt sich die neue globale Machtverteilung dar?
- 2) Worauf ist diese grundlegende Machtverschiebung, dieser geopolitische Strukturwandel zurückzuführen?
- 3) Wie wirkt sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise auf die neue Macht-Gleichung aus?
- 4) Welche Folgen hat die grundlegende Änderung der internationalen Kräfteverhältnisse für die internationalen Beziehungen – wie verlaufen die neuen Linien von Konflikt und Kooperation, müssen wir mit einem verschärften Kampf um die knapper werdenden Ressourcen rechnen, einschließlich zunehmender Kriegsgefahr und noch schnellerer Ruinierung der natürlichen Lebensgrundlagen?
- 5) Wie steht es um die Erfolgsaussichten des bisher herrschenden transnationalen Kapitalismus unter den neuen Bedingungen? Und in diesem Zusammenhang: Hat sich der Spielraum für demokratische, vom Kapitalismus sich befreiende Gesellschaften vergrößert oder ist er eher enger geworden?

1. Die neue globale Machtverteilung

Wenn man sich die Verschiebung der Machtverhältnisse in der Welt in einer prägnanten Formel vor Augen halten will, dann vergleiche man den G7/8-Gipfel 2007 in Heiligendamm mit dem Gipfel, der im April 2009 in London stattfand, um, wie dort formuliert wurde, die größte Herausforderung für die Weltwirtschaft in modernen Zeiten, die tiefe Weltwirtschaftskrise also, zu meistern.

Schon in Heiligendamm war der gastgebenden deutschen Regierung klar, dass den Schwellenländern, allen voran China und Indien, besonderes Augenmerk zu schenken wäre, da ihr Gewicht in der Weltpolitik rapide zunehme. Die Schwellenländer müssten in die Weltwirtschaft integriert werden und sie "müssten ein größeres Maß an Verantwortung in der Weltwirtschaft übernehmen". Allerdings könnten sie nicht Mitglieder der G8 werden, da – wörtlich – "die G8 nicht allein die gleichgerichteten Interessen, sondern auch ein gemeinsamer Wertekanon eint". Gemeint war natürlich der Wertekanon des Westens, der sechs der acht Staaten der Gruppe stellte. (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien. Dazu: Japan und Russland, seit 1997, als Russland zum Objekt der politischen Erziehung durch den Westen geworden war.) Die Schwellenländer, selbst die aus Afrika, das Schwerpunkt der Gipfelberatungen war, hatten an Katzentischen Platz zu nehmen.

Welch anderes Bild knapp zwei Jahre später in London, als man zusammentritt, um die Scherben der neoliberalen Weltwirtschaft aufzuklauben und nach Möglichkeit zusammenzukitten. Nun heißt die Gruppe G20 und zu den acht alten Schwergewichten und der EU haben sich wie selbstverständlich 11 Schwellenländer hinzugesellt. In ihnen manifestiert sich der "Aufstieg der anderen", der neuen Mächte jenseits des Westens. Aus Asien: China, Indien, Indonesien, Südkorea. Aus Lateinamerika: Brasilien, Argentinien, Mexiko. Aus dem Nahen und Mittleren Osten: Türkei und Saudi-Arabien. Dazu Südafrika und Australien.

Grundlage des gewachsenen Einflusses der Schwellenländer in der internationalen Politik ist natürlich ihr eminentes Wirtschaftswachstum. Die absolute Größe einer Volkswirtschaft ist – sofern sie oberhalb der Reproduktionskosten der Gesellschaft liegt – von wesentlicher Bedeutung für ihr politisches Gewicht, ihren Einfluss bei internationalen Organisationen und Konferenzen, auch für ihre militärischen Potenzen.

Seit Jahrzehnten wachsen die Schwellenländer schnell und sie wachsen schneller als die Länder der Triade aus Nordamerika, EU-Europa und Japan. Der Anteil der G7-Länder am Welt-Sozialprodukt ist von 1990 bis 2007 von 49 auf 43 % gefallen, der der BRIC-Schwellenländer (also Brasilien, Russland, Indien und China) ist von 13 auf 21 % gestiegen. Im selben Zeitraum stieg die globale Wirtschaftsleistung von 22,8 auf 53,3 Billionen Dollar, also um das Zweieinhalbfache. Mehr als die Hälfte dieses Wachstums entfällt auf die Schwellenländer, die heute bereits – in

Kaufkraftparitäten gemessen – 40 % zum Weltsozialprodukt beisteuern. Der Welthandel wurde seit 1990 um 133 % erhöht, und auch hier haben die Schwellenländer ihren Anteil fast verdoppelt.

2. Die Gründe für die geopolitische Machtverschiebung

Die Grundlage für diese Veränderung der Gewichte in der Weltwirtschaft bildet die neoliberale Globalisierung selbst. Mit der Umorientierung weg von den jeweiligen Binnenmärkten auf globale Märkte und der weitgehend ungehinderten internationalen Mobilität des Kapitals wuchs den Schwellenländern eine neue Bedeutung zu. Sie verfügten über billige natürliche und menschliche Ressourcen, konnten als Märkte und vor allem auch als Produktionsstätten für das internationale Kapital fungieren. Die Transnationalen Konzerne entwickelten globale Wertschöpfungsketten, mit denen die Produktion derart über den Globus verteilt wurde, dass man überall die größten Kostenvorteile mitnehmen konnte.

So wurde China zur industriellen Werkbank der Welt, wo sich die in den USA und Europa abgebauten Industriearbeitsplätze wieder fanden; Indien wurde zum globalen Büro und Labor, wo sich IT-Firmen und Pharmakonzerne aus aller Welt niederließen; Brasilien wurde zur Farm und Russland zum Rohstoff- und Energielieferant der Welt (so John P. Neelsen, siehe Quellen auf Seite 8).

Diese Internationalisierung der Produktion ging einher mit einer hochgradigen Konzentration im Unternehmensbereich. Die UNCTAD zählt heute 79.000 Transnationale Konzerne (TNK) mit 790.000 Filialen in aller Welt. Diese TNK beschäftigten 2007/2008 82 Millionen Menschen und sie erzielten Umsätze in Höhe von 31 Billionen Dollar. Allein die Wertschöpfung ihrer Auslandsfilialen machte 11 % des gesamten Weltsozialprodukts aus. Ihre Umsätze wuchsen von 2006 auf 2007 um 21 %. Die treibende Kraft der Globalisierung und des damit einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwungs der Schwellenländer sind die TNK.

Für die global operierenden Unternehmen wie für die wirtschaftliche Stellung eines Landes ist die jeweilige Bevölkerungszahl für sich allein eine relevante Größe. Mag auch das Durchschnittseinkommen in vielen bevölkerungsreichen Ländern relativ niedrig, sogar Armut eine Größe erster Ordnung sein, so bleiben doch noch viele Millionen Mittelständler für einen lukrativen Konsumentenmarkt. Allein in China und Indien gibt es 123 Millionen Mittelstandshaushalte, mehr als es in den USA an Haushalten insgesamt gibt.

Gewaltige Bevölkerungszahlen sind auch ansonsten ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Auch wenn die Pro-Kopf-Zahlen im Verhältnis zu anderen Ländern bescheiden sein mögen, so gewinnen sie eine ganz andere Bedeutung, wenn man sie mit 2,4 Milliarden, der Bevölkerungszahl Chinas und Indiens, multipliziert. So ist

China heute schon nach Kaufkraftparitäten hinter den USA die Nr. 2 unter den Volkswirtschaften; Indien steht an vierter Stelle. Japan ist übrigens dritter, womit unter den ersten vier Volkswirtschaften der Welt bereits drei asiatische Länder stehen.

3. Die Weltwirtschaftskrise und die neue Macht-Gleichung

Wie wird sich die derzeitige schwere und länger anhaltende Wirtschaftskrise auf die Verschiebung der globalen Macht auswirken? Wird sie den Vormarsch der Schwellenländer aufhalten?

Im Gegenteil. Nach den Daten des Internationalen Währungsfonds war im Krisenjahr 2008 das weltweite Wirtschaftswachstum auf 3,2 % gesunken. In den entwickelten Industrieländern waren es noch 0,9 %, in den Schwellen- und Entwicklungsländern zusammengekommen hingegen 6,1 %. Die asiatischen Schwellenländer kamen auf 7,7 %, China allein auf 9,0 % Wachstum und Indien auf 7,3 %. China wuchs also 10mal stärker als die entwickelten Industrieländer.

Für 2009 weitet sich die Diskrepanz noch aus. Die entwickelten Industrieländer werden einen Einbruch um minus 3,8 % (USA minus 2,8 %) erleben, die Schlusslichter sind Deutschland und Japan, die um die 6 % schrumpfen. China wird auch einige Federn lassen, aber immer noch um plus 6,5 % wachsen. Die gesamte Schwellenregion Asien um 4,8 %.

Auch die übrigen Schwellen- und Entwicklungsländer halten sich besser als der "Westen". Der Mittlere Osten wird um 2,5 % zunehmen, die "westliche Hemisphäre" (Lateinamerika) um 1,5 % abnehmen. Einzig Russland bewegt sich mit minus 6 % auf dem Niveau der schwachen Industrieländer.

Die Schwellenländer werden auch nach dem Krisenjahr 2009 schneller wachsen als die alten Industrieländer. Der IWF geht für 2010 von einem weltweiten Wachstum von 1,9 % aus, das aber allein von den Schwellen- und Entwicklungsländern getragen wird. Mag diese Prognose insgesamt zu wachstumspositiv ausfallen, so sind die Unterschiede bei den einzelnen Ländern aufschlussreich. Den USA wird ein Nullwachstum bescheinigt, Deutschland wird erneut schrumpfen, um 1 %, China hingegen soll um 7,5 % und Indien um 5,6 % wachsen.

Fazit dieser kurzen Übersicht: Im Verhältnis zu den G7/8 werden die Schwellenländer in der Krise stärker, allen voran China, das sein Gewicht noch schneller verstärken kann als in den Prognosen vor der Krise schon vorher gesagt. In unserem letzten isw-Report (Wege aus der Krise) haben wir die These verfochten, dass China der Krise am besten trotzt und dass sie für das Land eine Chance darstellt, die bisherige Exportabhängigkeit zu reduzieren und umzustellen auf eine Volkswirtschaft, deren Binnenmarkt das Wachstum nachhaltig tragen kann.

Unsere Hauptargumente waren: China leidet nicht in dem Maß wie z.B. Deutschland unter dem Zusammenbruch der Exportmärkte, da es in erster Linie

Massenkonsumgüter herstellt, deren Absatz nicht so abhängig ist von Konjunkturschwankungen wie etwa bei Investitionsgütern.

Dann erweist sich das Förderprogramm, das die Chinesen auflagen, als sehr effektiv: Erstens konnte das Programm schnell aufgelegt und kann nun dank einer zentralen Planung schnell umgesetzt werden. Der IWF spricht davon, dass das Programm schon im ersten Quartal 2009 starke Wirkung entfaltet. Zweitens ist die Dimension beeindruckend. Das chinesische Konjunkturprogramm entspricht 14 % des chinesischen BIP, das deutsche z.B. nur 2 %. Das Konjunkturloch, der Rückgang, in China macht indes nur 3 % aus, in Deutschland hingegen fast 7 %. Drittens legt das Programm mit seiner Betonung von Infrastruktur, Umweltschutz u.ä. den Schwerpunkt auf eine Transformation der bisherigen Wirtschaft hin auf Binnenmarkt und die Bedürfnisse der Armen sowie auf mehr Umweltschutz.

Besonders der Punkt, dass die chinesische Führung schnell und zentral geplant reagieren kann, wird von vielen Experten gerade rechter Provenienz stark unterstrichen. Dort liest sich das so, dass das Fehlen von Demokratie in China, wie man sehe, ein großes Plus sei. Im ständigen demokratischen Hickhack könne man eben nicht langfristig denken und handeln. Der offenkundige Hintergedanke ist, dass auch im Westen die Demokratie zurückgeschraubt werden müsse.

In der Frage der demokratischen oder gar sozialistischen Qualität Chinas gehöre ich zu denen, die eine solche nur in Spurenelementen erkennen können. Die Mitglieder der KP Chinas sind überwiegend städtische Akademiker, die dem Programm eines funktionierenden Staatskapitalismus und der eigenen Karriere in diesem Rahmen verpflichtet sind.

Doch scheint sich eines klar abzuzeichnen, nämlich dass Verstaatlichung eine sehr kluge Maßnahme sein kann. 34 der 35 an der Shanghaier Börse gehandelten AGs sind staatlich, und wenn der Staat nun eine Nachfrageoffensive ankurbelt, dann bleibt dies nicht in den Profit- und Bilanzfängen von Privatunternehmen hängen, sondern erreicht wirklich in vollem Umfang den Markt.

4. Universalisierung des kapitalistischen Wachstumsmodells – Ende der Menschheit

Die Krise beschleunigt also die Verschiebung der globalen wirtschaftlichen Macht. Schon in den Langfristprognosen vor der Krise ging der Internationale Währungsfonds (u.a.) davon aus, dass sich im Zeitraum von 2005 bis 2050 das BIP der USA um das Dreifache vergrößern würde. Bei Japan beträgt dieser Multiplikator 2, bei der EU 1,5, bei China aber 5, bei Indien sogar 7. Nach diesen Prognosen würden 2050 China und Indien weit mehr als produzieren als die gesamte Triade aus USA, EU und Japan zusammen. China allein läge 25 % über dem BIP der USA und 250 % über dem der EU.

Solche Prognosen sind, je länger die Fristen um so mehr, mit Vorsicht zu genießen. Nicht nur aus Gründen der statistischen Zuverlässigkeit, sondern auch, weil ja unterstellt wird, dass sich in den gesellschaftlichen Strukturen nichts Grundlegendes ändert. Die Vorhersagen lassen aber keinen Zweifel daran, dass, wenn sich die gesellschaftlichen Strukturen nicht ändern, dass dann mit den gewaltigen Wachstumsschüben der Schwellenländer die Weltwirtschaftsleistung enorm nach oben getrieben wird.

Nun hat die neoliberale Globalisierung nicht nur kapitalistische Produktionsmethoden, sondern auch den westlichen Lebensstil globalisiert, und beide sind ressourcenintensiv und skrupellos im Umgang mit Mensch und Natur. Die Universalisierung dieses Gesellschaftsmodells und seine noch intensiviertere Nutzung durch die heutigen Schwellenländer würde die Ressourcen der Erde schnell erschöpfen.

Früher noch würde die Erde allerdings einen Umweltkollaps erleiden. Die gesamte Produktions- und Lebensweise des nun universalen Kapitalismus basiert v.a. auf einem ungeheuren Energieaufwand. Mit der Ausweitung der Produktion wird dieser Bedarf weiter steigen, der heute zu vier Fünfteln von fossilen Energieträgern, also Öl, Gas und Kohle, gedeckt wird. Die Ausbeutung dieser Energieträger wird noch intensiviert werden.

Schon der heutige globale Ausstoß klimaschädlicher Gase garantiert aber die große Klimakatastrophe noch in diesem Jahrhundert. Als Minimalziel geben die UN-Ausschüsse an, die weltweiten Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 25 bis 40 % gegenüber den Werten von 1990 zu reduzieren. Sie sind aber seit 1990 weiter gestiegen, und der von den UN-Experten geforderte Reduktionspfad rückt mit dem Vormarsch der Schwellenländer in noch weitere Ferne.

Dies heißt vor allem eines: Die Perfektionierung und Ausweitung des vom Westen ausgehenden Wirtschafts- und Zivilisationsmodells muss gestoppt werden. Die weitere Ausnutzung von Mensch und Natur im Stil des globalen Kapitalismus muss beendet werden. Es sind nicht nur die Grenzen des Wachstums, es sind die Grenzen der Zivilisation erreicht.

Wir brauchen die Umstellung auf eine Produktions- und Lebensweise, die Mensch und Natur schont und die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilt. Eine solche schonende und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung kann allen gute Arbeit und ein gutes Leben verschaffen; wir reden von einem Zugewinn, nicht einem Verlust von Wohlstand. Diese notwendige Änderung der gesellschaftlichen Werte und Strukturen gilt selbstverständlich nicht etwa nur für die bisherigen Schwellenländer, es gilt gerade so und sogar in allererster Linie für die alten Industrieländer, die Hauptverursacher der Umweltmisere und auch der sozialen Katastrophe wachsender Armut in der Welt sind. Der Losung "Eine andere Welt ist möglich" müssen wir hinzufügen: Eine andere Welt ist nötig, und zwar schnell, wollen wir den Zusammenbruch unseres Planeten verhindern.

5. Konflikt und Kooperation in der neuen Weltordnung

Es wird allerdings nicht so schnell gehen, dass wir die sich verschärfenden Verteilungskämpfe um die knappen Ressourcen im Gefolge der sich ändernden internationalen Machtverhältnisse übersehen dürften. Der aus den 90er Jahren stammende "No-Rivals-Plan" gibt noch heute als Leitlinie der US-Politik vor, dass die USA "die Mechanismen erhalten müssen, die mögliche Konkurrenten davon abschrecken, eine größere regionale und globale Rolle zu erhoffen". Auf den beiden großen globalen Schauplätzen, wo es um den Zugriff auf und den Transport von Energieträgern und anderen Rohstoffen geht, sind den USA aber solche Konkurrenten bereits erstanden.

Es handelt sich einmal um den "eurasischen Balkan", wie Brezinski, Sicherheitsberater von Präsident Carter und einer der Berater von Barack Obama, Zentralasien und die Kaspi-Kaukasus-Region nannte. Hier lagern die drittgrößten Erdölreserven der Welt, mit ihnen ist ein riesiges Netz von Pipelines verbunden. In diesem Gebiet führen die USA und die Nato Krieg in Afghanistan und Irak, kommandiert von Centcom, einem der sechs regionalen Kommandozentren, in die das Pentagon den Globus aufgeteilt hat. Hier überschneiden sich unmittelbar die strategischen Interessen von USA und EU mit denen Chinas und Russlands, die mit der "Shanghai Organisation für Zusammenarbeit" versuchen, ein Gegengewicht in der Region zu bilden. Zu dieser nach der Bevölkerungszahl größten Regionalorganisation der Welt gehören neben China und Russland noch Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Beobachterstatus haben u.a. Iran und Indien (der Iran wird durch den Druck der USA quasi zum "natürlichen" Verbündeten der Organisation, während Indien demonstrativ in Distanz bleibt).

Das zweite strategische Zentrum stellt der Indische Ozean dar, der zwischen Suez-Kanal und Ostafrika, dem Nahen Osten und Indonesien immer mehr in den Mittelpunkt des globalen Verteilungskampfes um Energie rückt (was sich in unseren Medien v.a. in den Berichten über die Piraterie vor der ostafrikanischen Küste niederschlägt). Indien, das die Straße von Malakka und damit die Route nach Ostasien kontrolliert, fällt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die Inder lehnen sich seit Jahren mehr und mehr an die USA an, die als einzige Großmacht mit ihrer 5. Flotte und ihren Stützpunkten auf der Inselgruppe von Diego Garcia im indischen Ozeanien militärisch präsent sind. Darüber hinaus unterhalten die USA Stützpunkte auf der arabischen Halbinsel, in Ostafrika und in Ägypten.

Dieser US-Dominanz setzen die Chinesen mittlerweile Verträge über Flottenstützpunkte mit Myanmar, Pakistan und Sri Lanka entgegen, womit sie sich direkten Zugang zum Indischen Ozean und damit zu Transportrouten nach Afrika und dem Nahen Osten verschaffen.

Auf dem "eurasischen Balkan" stehen sich die USA mit Europa Russland und China gegenüber. Im Indischen Ozean heißt die Konfrontation in erster Linie USA versus China, mit Indien an der Seite der USA und Japan als im Zweifel kritischen Beobachter der Ambitionen Chinas. In diesem Sechseck – USA, Europa, China, Russland, Indien, Japan – könnte sich die neue multipolare Weltordnung herausbilden. Klar scheint heute schon, dass die Hauptkontrahenten dabei von USA und China gestellt werden. Sie bilden die Achse, um die herum die Hauptlinien von Konflikt wie auch von Kooperation verlaufen.

Konflikt wie Kooperation. Denn einerseits müssen wir von zunehmenden Konflikten und einer wachsenden Kriegsgefahr ausgehen. Die NATO sieht ja ausdrücklich "die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen" als Krisenfall an, auf den sie gegebenenfalls militärisch reagieren will. Solche "Unterbrechungen" könnte es in der nächsten Zeit öfter mal geben, und die offen aggressive Nato vereint zwei Drittel aller jährlichen Rüstungsetats auf sich. In der Währung der Waffen steht der Westen noch weit besser da als in Wirtschaftsleistung und kulturellem Ansehen. Hierin steckt unter den neuen geopolitischen Verhältnissen ein zusätzlicher Anreiz, noch mehr auf die militärische Karte zu setzen.

Andererseits ist zu fragen, ob die bisherige Grundlage des Überwiegens globaler Kooperation gegenüber den auch bisher schon vorhandenen Konfliktpotenzialen wirklich brüchig geworden ist. Die viel zitierten "globalen Ungleichgewichte", die höchst unterschiedliche Platzierung der einzelnen Länder nach Überschuss- und Defizitländern funktionierte ja nach dem System kommunizierender Röhren zum Besten des globalen Kapitals insgesamt. Die größten Überschussländer waren, was den Export/Import von Gütern und Dienstleistungen anlangt, Deutschland, China und Japan. Diese Länder waren gleichzeitig, noch vor den Ölländern, die größten Kapitalversorger der Welt. Den größten Teil dieser Kapitalabflüsse haben die USA abgesaugt. Seit zwei Jahren ist China der größte Gläubiger der USA. Der Markt der letzten Instanz, die USA, wurde also von den Volkswirtschaften finanziert, die in den USA ihre Exportüberschüsse absetzten.

Mit dem Zusammenbruch der Schuldenwirtschaft der USA ist das Gehäuse der kommunizierenden Röhren fürs erste ebenfalls zusammengebrochen. In allen bisherigen Exportüberschussländern wächst der Druck, den jeweiligen Binnenmarkt zu stärken, und die USA könnten ihre besondere Attraktivität für ausländisches Kapital verlieren, jedenfalls nicht mehr die bisherigen Rekordzuflüsse erreichen. Der Versuch der Chinesen und anderer, mit einem eigenen asiatischen Währungsfonds den IWF und den Dollar als Weltleitwährung einzugrenzen, weist in diese Richtung.

Für manche Experten des Westens wäre dies das Ende der Globalisierung überhaupt. So meint Fareed Zakaria, Chefredakteur von Newsweek International und ein profilierter Propagandist des Neoliberalis-

mus, entscheidend für die Zukunft sei, ob "Chimerika" zusammen bleibt. Damit ist die Symbiose von Amerika und China angesprochen. Sollten die Chinesen ihre Überschüsse nicht mehr als Konjunkturmaschine der USA anlegen, sondern in den Konsum und die Produktionsentwicklung im eigenen Land stecken, dann könnten wir uns von der Globalisierung verabschieden.

6. Es bleibt bei der Dominanz der Transnationalen Konzerne

Hier wird eine andere These vertreten. Auch wenn die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft abgebaut werden und die einzelnen Volkswirtschaften ausgeglichene Bilanzen aufweisen, berührt das nicht das Wesen der Herrschaft des globalen Kapitals. Diese wurde nicht vom Funktionieren der genannten kommunizierenden Röhren begründet. Der globale Kapitalismus bildete sich vielmehr heraus durch die gegenseitige Durchdringung der nationalen Wirtschaftsgebiete, durch die Integration früher nationaler Kapitale zu einem globalen kapitalistischen Ausbeutungsfeld. Es geht natürlich auch um den Warenaustausch, doch in erster Linie geht es um eine globale Produktions- und Eigentümerstruktur.

Diese bleibt bestehen, auch wenn nun die "globalen Ungleichgewichte" abgebaut werden sollten. Auch in Volkswirtschaften, die ausgeglichene Haushalte anstreben, kann und wird das global organisierte Kapital die entscheidende Rolle spielen. Auch wenn die Exporte und Importe in den einzelnen Ländern in der selben Höhe stattfinden, kann und wird das transnationale Kapital mit seinen globalen Wertschöpfungsketten Produktion und Märkte dominieren.

Die jährlichen Ausländischen Direktinvestitionen, das Vehikel dieser Ausbreitung des transnationalen Kapitals, sind enorm. 2007 betrug der Zuwachs etwa 1,8 Billionen Dollar, zwei Drittel davon gingen in entwickelte Industrieländer, ein Drittel in Schwellen- und Entwicklungsländer. Die 100 größten Transnationalen Konzerne erzielten 2006 Umsätze von 7 Billionen Dollar, was in der Höhe fast dem Dreifachen des deutschen BIP entspricht. 58 % der Umsätze wurden im Ausland erzielt. 57 % des Eigentums dieser TNK gehören Ausländern. 56 % der Beschäftigung findet im Ausland statt.

Dieser sog. Transnationalitätsindex erweist sich bei den schnell wachsenden TNK aus den Schwellen- und Entwicklungsländern als kaum geringer. Er liegt bei den 100 größten TNK, Umsätze, Eigentümer und Beschäftigung betreffend, bei 53 %. Die meisten dieser TNK kommen aus Asien.

Der anhaltende Trend zur transnationalen Kapitalintegration zeigt sich auch in der Strategie der Staatsfonds. Sie umfassen ein Volumen von 5 Billionen Dollar, sind mithin weit größer als Hedgefonds und Private Equity Fonds zusammen. Die Hauptländer, also die Träger dieser Fonds, sind die Vereinigten Arabischen Emirate, Norwegen, Saudi-Arabien, Kuwait,

Singapur, China und Russland. Außer China alles Erdölproduzenten und alle außer Norwegen aus Schwellenländern. 2007 haben diese Staatsfonds Ausländische Direktinvestitionen (ADI) in Höhe von 10 Milliarden Dollar vorgenommen, davon fast drei Viertel in die entwickelten Länder des Westens, vor allem Großbritannien, USA und Deutschland. (Die geringe Zahl der gemeldeten ADI – nur 0,2 % der Gesamtsumme der Staatsfonds und nur 0,5 % der Gesamtflüsse der ADI – hängt auch damit zusammen, dass nur Aktienbeteiligungen von mehr als 10 % als ADI klassifiziert werden.)

Im sog. Transnationalitätsindex für die Wirtschaftsgesellschaften kann die direkte Abhängigkeit einzelner Volkswirtschaften vom Auslandskapital gemessen werden. Dieser Index wird aus dem Durchschnitt von vier Größen gebildet:

- den ins Land geflossenen Auslandsdirektinvestitionen als Prozentanteil des in den letzten drei Jahren gebildeten Kapitalstocks;
- den hereingeflossenen ausländischen Direktinvestitionen als Prozentsatz des BIP;
- der Wertschöpfung der ausländischen Filialen in Prozenten des inländischen BIP;
- den Beschäftigtenzahlen in diesen ausländischen Filialen in Prozent der Gesamtbeschäftigung.

In den entwickelten Industrieländern beträgt der Transnationalitätsindex im Durchschnitt rund 25 %. In den Schwellen- und Entwicklungsländern liegt er bei 22 %. In China selbst finden wir wie in Russland einen Wert von 12 %. Venezuela, das uns wegen der Möglichkeit einer vom globalen Kapitalismus unabhängigen Entwicklung interessiert, hängt heute von seiner Produktionsstruktur her zu 15 % direkt vom Auslandskapital ab.

Diese Zahlen dokumentieren die Integration der Schwellen- wie der Industrieländer in den kapitalistischen Weltmarkt. Nach meiner Einschätzung überwiegen für die Hauptakteure der neuen multipolaren Weltordnung die prinzipiellen Interessen an der Aufrechterhaltung dieses globalen Kapitalismus die speziellen Interessen der Nationalstaaten, die sich in dieser globalen Ordnung besser positionieren möchten. In den Führungseliten und höher qualifizierten Trägern der Entwicklung dieser Länder bildet sich, im Verein mit dem mobilen Personal der TNK und der internationalen Organisationen, eine neue transnationale Bourgeoisie heraus, die eine breiter werdende soziale Grundlage der globalen Kapitalherrschaft darstellt.

7. Die Positions- und Verteilungskämpfe werden härter

Dennoch ist unübersehbar, dass die Positions- und Verteilungskämpfe um die knapper werdenden Ressourcen schärfer werden. Ging es in der Zeit des offenen Neoliberalismus darum, im "nationalen Wettbewerbsstaat" dem transnationalen Kapital die besten Verwertungsbedingungen zu offerieren, so können

im neuen multipolaren Kapitalismus die politischen und wirtschaftlichen Eliten sich – sowohl dem transnationalen Kapital wie der eigenen Bevölkerung gegenüber – daraus legitimieren, im sich zuspitzenden Kampf um Ressourcen und Märkte zu obsiegen oder jedenfalls besser abzuschneiden als die anderen.

Im Zueinander von Konflikt und Kooperation hat das Moment des Konflikts im Umbruch der globalen Wirtschaftsmacht zugenommen und auch die Gefahr größerer Kriege muss ernst genommen werden.

Bleibt die Frage, ob sich im Zuge des weltwirtschaftlichen Umbruchs die Chancen für eine kapitalismus-unabhängige Entwicklung einzelner Staaten verbessert haben. Oft werden hier die BRIC-Staaten gegen die G7 in Stellung gebracht, und ihr wachsendes Gewicht als Chance für alternative Entwicklungen gesehen. Dieser Optimismus scheint nicht gerechtfertigt. In keinem der vier Länder handelt es sich anti- oder auch nur akapitalistische Formationen. Zudem bilden sie keine Einheit gegen die Phalanx der alten Großmächte. Brasilien verhält sich zunehmend kompatibel zur Lateinamerikapolitik der USA, und Indien steht immer fester an der Seite der USA in der Auseinandersetzung mit China. Indien verdankt seine Rolle als Atommacht den USA, das diese offenkundige Verletzung des Atomwaffensperrvertrags international durchgepaukt hat.

Auch für ALBA, die Gruppe der lateinamerikanischen Länder um Venezuela und Kuba, wird die Lage in der nächsten Zeit nicht leichter. Der Ölstaat selbst wird von der Krise hart getroffen. Das BIP wird 2009 um 2,2 % sinken, die Möglichkeiten des Ausbaus sozialer Positionen im Land und der Hilfe für andere sind beschnitten. Für 2010 wird ein weiterer Rückgang des BIP vorausgesagt.

Andererseits ist der Ruin des Ansehens der USA eine wichtige politische Größe. Die USA haben mit Irak und Afghanistan, mit Abu Ghraib und Guantanamo, ihr moralisches Ansehen in der Welt fürs erste verspielt. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sie ihren Führungsanspruch als Wirtschaftskompetenz oberster Ordnung der Lächerlichkeit preisgegeben. Das wird dem Yankee-go-home-Antimperialismus in Lateinamerika und auch sonstwo auf der Welt helfen.

Doch fahren die USA nun mit Barack Obama einen Präsidenten auf, der die Makel der Vergangenheit tilgen und einen neuen Führungsanspruch der USA legitimieren soll. Es wird eine Weile dauern, bis der Lack von diesem Präsidenten so weit abgesplittert ist, dass man das imperialistische Gesicht des globalen US-Kapitalismus wieder mit bloßem Auge erkennen kann. Die Barack-Strategie, die von ihm angeblich erneuerten USA könnten in einer multipolar organisierten kapitalistischen Welt zu Recht wieder die Rolle eines Hegemons einnehmen und auch tatkräftig ausüben, stößt trotz der Enttäuschungen der ersten Regierungsmonate – Stichworte: Ausdehnung des Krieges in Afghanistan/Pakistan, ständige Vertagung des Abzugs aus Irak, Beibehaltung der Militärtribunale,

Straffreiheit für CIA-Folterer, Errichtung neuer "Speziallager für Terroristen" im Irak – nach wie vor auf Zustimmung, mindestens auf die Duldung selbst von großen Teilen der Friedensbewegung.

Aus dieser Übersicht ist das Fazit zu ziehen, dass weder die Weltwirtschaftskrise per se den globalen Kapitalismus zum Einsturz bringt, noch dass die Umverteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht mit der Herrschaft des transnationalen Kapitals aufräumt. Daraus ergeben sich zwei grundlegende Folgerungen für unser politisches Handeln:

1) Der Kampf um eine andere Welt war immer richtig und wichtig, aber nie war er wichtiger als in dieser Phase, da sich die großen Schwellenländer anschicken, mit der selben Produktions- und Lebensweise ihre Mitherrschaft über die Welt anzutreten, mit der schon die alten Industrieländer die Lebensbedingungen auf der Erde vergiftet haben. Wir brauchen eine fundamentale Stärkung der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung.

2) Und zweitens: Die Kriegsgefahr hat zugenommen. Im Kampf um die knapper werdenden Ressourcen werden Militär, Rüstung und Kriege eine größere Rolle spielen. Mit der Obama-Regierung hat das Moment der Militarisierung der internationalen Politik keineswegs abgenommen. Eine starke, eine viel stärkere Friedensbewegung bildet das unerlässliche Fundament für den Kampf für eine andere Welt.

Conrad Schuhler, Diplom-Volkswirt, Vorsitzender des isw

Quellen

Escobar, Pepe, Pipeline-Istan: Everything You Need to Know About Oil, Gas, Russia, China, Iran, Afghanistan and Obama. www.alternet.org/story/139983/

International Monetary Fund, Global Financial Stability Report 2009. Washington, D.C. 2009

International Monetary Fund, World Economic Outlook 2009. Washington, D.C. 2009

isw-Grafik-Report 12, Nato.Rüstung.Krieg, München 2009

isw-report Nr. 69/70, G 8 – Agenda des kollektiven Imperialismus, München 2007

isw-report 76, Krise.Rezession.Absturz. Wege aus der Krise, München 2009

Neelsen, John P., Niedergang des Westens – Aufstieg Asiens. Indien im Kampf um eine neue Weltordnung. Unveröffentlichtes Manuskript, erscheint demnächst in den Beiträgen zur 21. Canetti-Konferenz, Wien – hrsg. von John Patillo-Hess

Scholtissek, Stephan, Multipolare Welt. Die Zukunft der Globalisierung und wie Deutschland davon profitieren könnte. Hamburg 2008

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), World Investment Report 2008. New York and Geneva 2008

Zakaria, Fareed, Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter. München 2009

Richard D. Wolff

Die Obama-Strategie: Amerikas neue Rolle in der Weltwirtschaft

Obamas vorrangiges strategisches Ziel, innen- und außenpolitisch, ist es, eine ernste Krise einer Variante des Kapitalismus (die "private") zu bewältigen, indem er einen Übergang zu einer anderen Variante (staatlich gelenkt oder staatskapitalistisch) erreicht. Weil die Krise des "Privatkapitalismus" innerhalb der Vereinigten Staaten so gravierend ist und so viele Ressourcen und so viel konzentrierte Aufmerksamkeit der Politik beansprucht, erhält die globale Position der Vereinigten Staaten im Verhältnis dazu weniger Aufmerksamkeit und eine niedrigere Priorität. Die Obama-Strategie schließt daher einen Rückzug von den Positionen zur Rolle der USA in der Welt ein, wie sie von Reagan bis Bush vertreten wurden (was darin zum Ausdruck kommt, dass sie als "kontraproduktiv" angegriffen werden). Kennzeichen der neuen Strategie sind ein Rückzug vom Unilateralismus zugunsten eines Multilateralismus (z.B. neue Absprachen mit Europa); Abschwächung der meisten Konfrontationslagen (z.B. Kuba, Iran, Irak und Nordkorea), um sich auf eine einzige zu konzentrieren (Afghanistan-Pakistan); und Entgegenkommen gegenüber kritischen Regierungen (insbesondere in Südamerika).

Ein erfolgreicher Übergang von einem verhältnismäßig privaten zu einem begrenzten Staatskapitalismus in den Vereinigten Staaten führt zu einem größeren internationalen Widerspruch für die Obama-Regierung: Er kann nur erreicht werden *auf Kosten des Rests der Weltwirtschaft*. Die strategischen Probleme für Obama sind 1. dass die anderen Regionen der Welt sich dagegen wehren, diese Kosten und die damit verbundenen Risiken zu tragen, und 2. dass die daraus resultierenden Verzögerungen bei der Bewältigung der Krise Möglichkeiten schaffen werden für alternative, auf die Arbeiterklasse setzende antikapitalistische Lösungskonzepte für die Krise.

I. Die periodischen Wandlungen des Kapitalismus zwischen privaten und staatlichen Formen

Im Verlauf seiner Geschichte und überall in seinem Herrschaftsgebiet ist der Kapitalismus hin- und hergedelt zwischen privaten und staatlichen Formen. Die erste reduziert, die zweite erweitert die staatliche Intervention in die Ökonomie. Die wirtschaftlichen Ereignisse, die den Umschwüngen (in beide Richtungen) vorausgingen, sind verschiedene Mischungen von Rezession und wachsenden Ungleichheiten von Vermögen und Einkommen gewesen. Politische Um-

schwünge liefen parallel zu den ökonomischen. Es verlieren die Parteien und Gruppen an Macht, die am engsten verbunden sind mit der Variante des Kapitalismus, die ersetzt wird, während die aufsteigenden Teile die andere Variante favorisieren. Kulturelle Umschwünge vervollständigen das ineinander greifende Tableau. Zum Beispiel wechseln sich in den Reden und Schriften der Politiker, Professoren und Journalisten die Lobreden auf den "privaten Kapitalismus" (z.B. bezeichnet als Neoliberalismus, freies Unternehmertum oder einfach Freiheit) regelmäßig mit solchen auf den Staatskapitalismus (z.B. bezeichnet als Wohlfahrtsstaat, regulierter Kapitalismus oder sogar "Sozialismus") ab.

Diese ökonomischen, politischen und kulturellen Umschwünge sind gleichzeitig Ursache und Wirkung füreinander. Zusammen können sie manchmal die Widersprüche des Kapitalismus eingrenzen. Der Kapitalismus kann die Krise seiner einen Variante überleben, indem er sich zur anderen Variante wandelt, **statt dass es zu einem Übergang aus dem Kapitalismus heraus kommt**. Aber dieser Ausgang der Krise ist niemals garantiert. Eine Krise in jeder der beiden Varianten des Kapitalismus kann so gravierend werden und/oder die Möglichkeiten zur Umwandlung zur anderen Variante können so schwierig werden, dass sich der politische Raum öffnet für eine soziale Bewegung, die den Übergang aus dem Kapitalismus fordert.

In den Vereinigten Staaten war in den späten 20er Jahren eine Krise des "Privatkapitalismus" verbunden mit einem Umschwung zum Staatskapitalismus, zu keynesianischer Wirtschaftsweise, zu populistischen und sozialistischen Ideologien und zur Demokratischen Partei. In den späten 70er Jahren kam es zum Wechsel in die andere Richtung. Das Netz der Verflechtungen zwischen Ökonomie, Politik und Kultur hat in diesen Fällen ausgereicht, um die Widersprüche des Kapitalismus einzudämmen. Dieses Netz ermöglichte den Aufbau des New Deal in den 30er Jahren, um den Kapitalismus vor dem Zerfall und dem Übergang in ein anderes System zu bewahren. Später, in den 60er und 70er Jahren, hat das Netz verhindert, dass Unzufriedenheit mit dem US-Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit einen Übergang über den Kapitalismus hinaus zur Folge hatte, und schaffte stattdessen eine relativ populäre Verlagerung zurück zum "Privatkapitalismus". Um Marx abzuwandeln: Kein System verschwindet, bevor es alle möglichen Formen und Wandlungen im Inneren erschöpft hat.

Um zu zeigen, wie die Obama-Strategie beabsichtigt, den Kapitalismus zu sichern, muss unsere Argumentation ihre grundlegenden Begriffe genau erklären. Wir definieren "Kapitalismus" als das System der Produktion, in dem eine relativ große Gruppe von Menschen (produktive Arbeiter) ihre Arbeitskraft an eine relativ kleine Gruppe unterschiedlicher Menschen (kapitalistische Unternehmer) für einen vereinbarten Lohn verkauft. Der kapitalistische Unternehmer stellt die Produktionsmittel (Werkzeuge, Betriebsanlagen und Rohmaterialien) für die Arbeit der produktiven Arbeiter zur Verfügung. Es gibt zwei Schlüsselaspekte für die Beziehung zwischen Kapitalisten und produktiven Arbeitern: Erstens, was die Arbeiter produzieren, gehört sofort und automatisch dem Kapitalisten, der es verkauft. Zweitens, der Gewinn aus diesem Verkauf muss das übersteigen, was der Kapitalist gezahlt hat, um die Produktionsmittel zu kaufen und die produktiven Arbeiter anzustellen. Der Überschuss ist der Mehrwert, der Fonds, den der Kapitalist zum Teil dafür einsetzt, um den Kapitalismus als System zu reproduzieren (diese Teile umfassen u.a. Zinsen für Kreditgeber, Dividenden für Aktionäre, Budgets für Manager und Werbung, "Profite", die für den Ausbau des Unternehmens zurückgestellt werden, etc.).

In der *privaten* Spielart des Kapitalismus haben die Unternehmer keine Position innerhalb des Staatsapparats, und die staatlichen Funktionäre üben nur sehr begrenzten Einfluss auf die Beziehungen zwischen den privaten "Arbeitgebern" und den Arbeitern aus. Im Gegensatz dazu haben im Staatskapitalismus die staatlichen Funktionäre viel größere Macht, um in die Beziehungen unter und zwischen Unternehmern und Beschäftigten regulierend einzugreifen, zu kontrollieren und zu intervenieren. Im extremen Staatskapitalismus ersetzen staatliche Funktionäre private Individuen als kapitalistische Unternehmer (in "staatseigenen" Betrieben) und eignen sich auf diese Weise den Mehrwert, den die produktiven Arbeiter produzieren, direkt an und verteilen ihn. *Was beide Varianten des Kapitalismus gemeinsam haben, ist die Struktur des mehrwertproduzierenden Verhältnisses von Unternehmer/Beschäftigter.* Obamas strategisches Ziel ist es, dieses Verhältnis abzusichern, indem ein Wechsel durchgeführt wird von einem krisengeschüttelten Privatkapitalismus zu einem erneuerten Staatskapitalismus, frei von den Belastungen, die den Privatkapitalismus in die Krise getrieben haben. Obamas Instrumente schließen die Möglichkeit des Staates ein, Steuern zu senken, Anleihen aufzunehmen und Ausgaben zu tätigen. Der Plan ist, die Banken und andere Finanzinstitutionen zu befreien von den Giftpapieren in ihren Bilanzen, die Restrukturierung von Industrieunternehmen wie General Motors und Chrysler zu subventionieren, ein zu kostspieliges Gesundheitssystem zu rationalisieren und Nachfrage zu schaffen für neue "grüne" Güter, Infrastruktur etc.

Eine soziale Krise jeder der Varianten des Kapitalismus kann nicht immer oder notwendig gelöst oder gemanagt werden durch einen Wechsel zur jeweils

anderen Art. Sie könnte stattdessen einen grundlegenden Wechsel in den Beziehungen zwischen Unternehmer und Beschäftigten hervorrufen. Ein solcher grundlegender Wandel würde die Spaltung zwischen Unternehmer und Beschäftigten beenden, indem festgelegt wird, dass sie die selben Personen sein sollen. Produktive Arbeiter könnten sich dann an einem Tag in der Arbeitswoche versammeln, um kollektiv als ihr eigener Vorstand zu agieren (statt Output zu produzieren). In solchen reorganisierten Betrieben würden Vorstandsentscheidungen nicht mehr im Interesse einer kleinen Gruppe der wichtigsten Aktionäre getroffen. Stattdessen würden sich die Entscheidungen orientieren an den Bedürfnissen der Arbeiter selbst und denen der Gemeinden, die mit solchen Unternehmen zusammenhängen.

Wenn dies geschehen sollte, wäre aus der Krise im Kapitalismus eine Krise des Kapitalismus geworden, die gelöst wurde durch eine Entwicklung aus dem Kapitalismus heraus. Dies ist es, was Obamas Strategie, in den USA und außerhalb, zu vermeiden oder, wenn notwendig, zu unterdrücken versucht.

II. Globale Implikationen der Krise des "privaten Kapitalismus" der USA

Die gegenwärtige Krise des US-Kapitalismus begann in den 70er Jahren und wurde entscheidend geprägt durch die Veränderung der Position der USA in der Weltwirtschaft. Die über 100 Jahre steigender Real-löhne für US-Arbeiter waren in den 70ern beendet. In dieser Dekade wurden in großem Ausmaß Arbeiter ersetzt durch Computer, während gleichzeitig Produktion aus den USA verlagert wurde in Billiglohngelände in der ganzen Welt (und besonders in Asien). Die Nachfrage nach Arbeitern in den USA sank daher. Zur gleichen Zeit hat eine breite soziale Bewegung unter den Frauen Millionen dazu gebracht, sich dem Heer der Lohnarbeiter zum ersten Mal anzuschließen. Und gleichermaßen brachten sich vertiefende soziale Ungleichheiten neue Wellen von Immigranten – insbesondere aus Zentralamerika – auf Arbeitssuche in die USA. In einfachen Worten: sinkende Nachfrage verbunden mit einem wachsenden Angebot an Arbeitern verschaffte den Unternehmern die Möglichkeit, den historischen Anstieg der Reallöhne in den 70er Jahren zu stoppen. Davon konnten sich die Löhne nie mehr in irgendeiner nachhaltigen Weise erholen.

Das Ende der steigenden Reallöhne in den USA drohte die wachsende Massennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu beenden, die einen großen Teil der weltweiten Wirtschaft angetrieben hatte. Hätte dieses Ende der wachsenden Nachfrage damals tatsächlich stattgefunden, wäre die ökonomische Geschichte der letzten dreißig Jahre sehr viel anders verlaufen. Es hätte wesentlich weniger exportgestützte wirtschaftliche Entwicklung in so vielen anderen Teilen der Erde gegeben. Aber diese Krise wurde vermieden mit Hilfe von zwei zentralen Entwicklungen – *die beide jetzt nicht mehr möglich sind.*

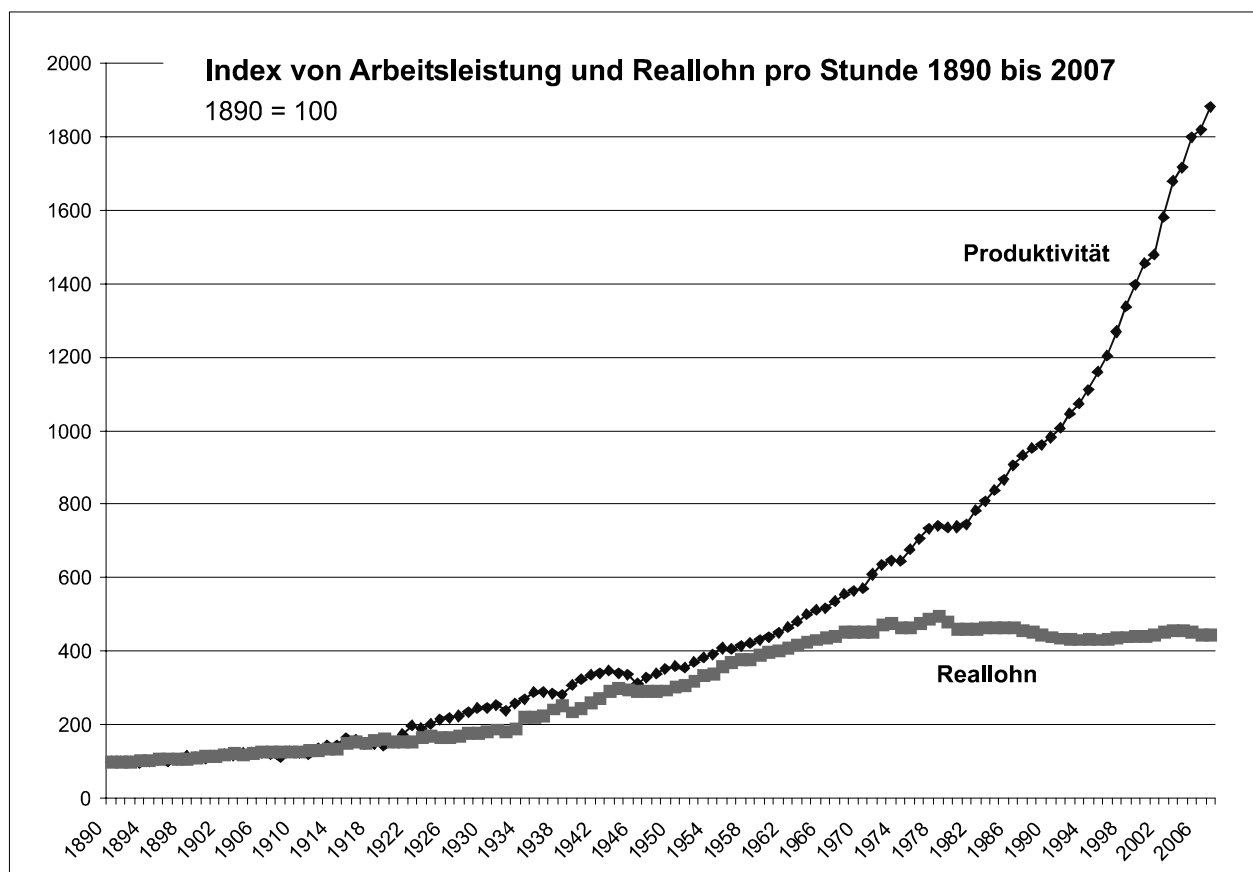
Erstens: US-Arbeiter haben wesentlich mehr Arbeit geleistet, um ihre Einkommen zu steigern, nachdem die Löhne nicht mehr anstiegen. [Heute arbeiten US-Arbeiter 20 Prozent mehr Stunden pro Jahr als ihre deutschen oder französischen Kollegen.] Zweitens: US-Arbeiter begannen, sich große Summen zu leihen. Auf diese Weise wurde die kleinere Krise, die mit dem Ende der steigenden US-Löhne in den 70er Jahren hätte beginnen können, *um 30 Jahre verschoben*. Aber die verschobene Krise ist jetzt eine wesentlich schlimmere Krise geworden.

Der Kollaps der Kredite in den USA – und die daraus resultierende Krise des "privaten Kapitalismus" – ist zum Teil das äußere Zeichen der physischen, emotionalen und finanziellen Erschöpfung der US-Arbeiter. Sie können nicht noch mehr Stunden arbeiten, ihre Familien sind weitgehend zusammengebrochen, weil lohnarbeitende Frauen/Mütter nicht länger die emotionalen Bindungen in den Haushalten aufrecht erhalten können; und der Grad ihrer Verschuldung kann nicht länger aufrechterhalten, geschweige denn weiter gesteigert werden. Die Arbeiterklasse der USA kann die Konsequenzen des Endes der steigenden Reallöhne nicht länger aufhalten: Sie sind jetzt konfrontiert mit einer langen Stagnation oder einem Absinken ihres Lebensstandards.

Natürlich sind der Kollaps des Kredits und die Krise des "privaten Kapitalismus" auch zum Teil das Ergebnis einer anderen Art der finanziellen Erschöpfung

unter den Unternehmern. Die Erschöpfung der Unternehmer – sehr im Unterschied zu den Arbeitern – resultiert aus stark gewachsenen Profiten. Dazu kam es, weil das Ende des Anstiegs der Reallöhne NICHT das Ende des Wachstums der Arbeitsproduktivität war. Ganz im Gegenteil: weil die wachsende Arbeitsproduktivität in steigendem Maß die Reallöhne überstieg, sind die Profite der Kapitalisten seit den 70er Jahren explodiert.

Die Vorstände der Unternehmen nutzten ihren explodierenden Mehrwert in erster Linie, um die Gehälter und Boni der Topmanager zu erhöhen. Direktoren und Manager nutzten diese Überschüsse, Gehälter und Boni, um allen voran manische Börsenspekulation zu betreiben. Sie konnten sich erhöhte und kostspieligere Fusionen und Übernahmen leisten. Sie haben neue finanzielle Instrumente erfunden und vermehrt, die oft in Widerspruch standen zu den Gesetzen und Regulierungen, die geschaffen wurden, um Finanzspekulation zu begrenzen. Kapitalistische Euphorie produzierte Wertpapier-, Immobilien- und Finanzblasen, die alle zu platzen begannen. (2000 der Wertpapier-Markt, 2007 die Immobilien- und Finanzmärkte). Kapitalisten haben außerdem einen Teil ihres wachsenden Profits den Arbeitern geliehen, in alten (Hypotheken) und neuen (Kreditkarten) Formen von Krediten. *Im Ergebnis hat der US-Kapitalismus das Ansteigen der Reallöhne beendet und den Arbeitern stattdessen hochverzinsten Darlehen gegeben.*



Es war vorauszusehen, dass mit steigenden Schulden wachsende Teile des Einkommens der Arbeiter für Tilgung und Zinsen aufgewendet wurden, bis der Punkt erreicht war, wo bestehende Schulden nicht länger aufrechterhalten werden konnten und weitere Verschuldung unmöglich war. Das Kreditsystem kollabierte zuerst in den USA und strahlte dann auf den Finanzsektor weltweit aus. Der Kreditkollaps in den USA entwertete die Immobilien, deren Finanzierung von Verschuldung abhängig geworden war. Das wiederum brachte den Kollaps für alle Unternehmen, die am Immobilienboom teilhatten, was das Zurückzahlen der Schulden für die US-Arbeiter weiter erschwerte. Der teuflische Spirale nach unten verstärkte sich selbst, zog zuerst die US-Ökonomie in die Rezession und dann den Rest der Welt. Erstens hatte der Rest der Weltfinanzmärkte teilgenommen an der von den USA angeführten Spekulation (indem Anlagengestützte Wertpapiere gekauft wurden, die auf nicht eintreibbaren Schulden basierten). Zweitens, weil so viel vom Rest der Welt direkt oder indirekt abhängig vom Export in die USA war und deshalb abhängig vom Anwachsen der Verschuldung der US-Konsumenten. Nachdem der US-Kredit-Markt kollabiert war und der Konsumlevel in 2008 sank, erreichte die Wirtschaftskrise alle diese Ökonomien. Bei vielen war die Krise gravierender als die Krise in den USA. Der Welthandel ging rapide zurück.

Weltweit kämpfen Ökonomien mit den Konsequenzen ihrer Abhängigkeit von internationalen Kreditmärkten und Exporten in die entwickelten Ökonomien allgemein und in die USA im Besonderen. Alle versuchen, sich von diesen Abhängigkeiten zu lösen, auch wenn sie auf eine schnelle Erholung der USA hoffen, um die Welt zurück zu den Bedingungen von 2005–2006 zu bringen. Deshalb muss Island sein Kreditsystem neu aufbauen, während China neue Exportmärkte und/oder einen gewaltigen Binnenmarkt entwickeln muss.

III. Widersprüche in Obamas Weltstrategie

Jeder Schritt, den die US-Notenbank und das Finanzministerium im Hinblick auf die Wirtschaftskrise in den USA unternehmen, ist widersprüchlich. Auf der einen Seite, wenn sie das Kreditsystem stabilisieren und erneuern können und eine Erholung von Beschäftigung, Einkommen und Konsum schaffen, werden sie direkt die Krisen mindern, von denen die Ökonomien im Rest der Welt betroffen sind. Aber zur gleichen Zeit bedrohen die Strategien der US-Notenbank und des Finanzministeriums diese Ökonomien. Zum Beispiel führt die Anforderung von US-Notenbank und Finanzministerium an US-Banken, *im Inland Kredite zu vergeben*, dazu, dass US-Banken ihre *Kreditvergabe ins Ausland einschränken*, weil das Eigenkapital der US-Banken so unzureichend ist. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Mit der Subventionierung der Reorganisation von Chrysler und General Motors schaffen die USA ihren Autoherstellern Wett-

bewerbsvorteile, die *anderen Autoherstellern schaden*. Das gleiche gilt für die Verstaatlichung des weltgrößten Versicherungskonzerns, der AIG. Die Konsolidierung der Finanzinstitutionen in den USA bedroht (durch die Ökonomie der Größe) kleinere und weniger konsolidierte Institutionen in anderen Ländern. Die Koordination der kapitalistischen US-Unternehmen und der Regierung (über Verstaatlichung, Regulierung etc.) bietet Vorteile im weltweiten Wettbewerb mit weniger oder nicht koordinierten Unternehmen in anderen Ländern. Unternehmensvorstände in den ganzen USA sind begierig, die staatliche Intervention zu nutzen, um Wettbewerbspositionen zu verbessern wo und wann immer möglich – mit keinem Widerstand von irgendeiner relevanten Kraft innerhalb der USA.

Wachsende Arbeitslosigkeit in den USA zwingt illegale und legale mexikanische Immigranten, Geldsendungen nach Mexiko zu reduzieren oder zu stoppen, während sogar viele gezwungen sind, nach Mexiko zurückzukehren. Dies destabilisiert Mexiko und dadurch die gesamte zentralamerikanische Ökonomie und Gesellschaft. Parallele, mehr oder weniger gravierende Entwicklungen passieren an anderen Orten. Schließlich wird die Antwort jedes Landes auf die Handelskrise der Versuch sein, die Exporte zu steigern und die Importe einzuschränken ... ein klassisches Rezept für Probleme und Konflikte.

Die weltweite Führungsrolle der USA ist ernsthaft kompromittiert. Jedes andere Land kämpft, um Wege zu finden, die kommende Neuordnung zu überleben. Einige Länder schließen sich zusammen, z.B. Lateinamerika, um ihre Chancen gegenüber den USA und dem Rest der Welt zu verbessern. Andere, z.B. BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China), wenden sich nach innen zu binnenländischer, kontrollierter Expansion als Gegenmittel zu gefährlicher Exportabhängigkeit.

Die USA haben den Vorteil des US-Dollars als Weltwährung und dass ihr Land als am wenigsten riskanter Schuldner beim Anzapfen der globalen Finanzreserven (zur Finanzierung von Regulierungsstrategien) gilt. Das wird andere Kapitalnachfragende auch dann schädigen, wenn die Erholung der US-Ökonomie ihnen hilft. Die USA haben außerdem den Vorteil militärischer Überlegenheit und das "Recht", Alliierte für die wachsenden Kosten der "Weltpolizei" in Anspruch zu nehmen, wenn sich der Druck der Kritik der Massen erhöht.

IV. Innere Widersprüche, mit denen Obamas Regierung konfrontiert ist

Am 9. April 2009 veröffentlichte das bekannte Demoskopie-Unternehmen Rasmussen Research die Ergebnisse einer repräsentativen nationalen Umfrage, ob die US-Bürger Kapitalismus oder Sozialismus bevorzugen. (www.rasmussenreports.com) Seitdem ist dieser Report in aller Munde. Rund 20 % der Befragten bevorzugten den Sozialismus und weitere 27 % antworteten, sie seien "nicht sicher". Die Ergebnisse bei

den Befragten unter 30 Jahren waren noch bemerkenswerter: 33 % bevorzugten den Sozialismus und weitere 30 % waren unsicher. Nach den üblichen und vorhersehbaren Einreden von Rechts und Mitte-Rechts ("Die Leute wissen nicht, was das Wort bedeutet" und "Niemand, der noch bei Trost ist, könnte den Sozialismus bevorzugen") hallt die Tatsache dieser Antworten immer noch durch die US-Politik, besonders auf der Linken.

Der erste und vielleicht wichtigste Schluss, den man aus dem Rasmussen-Report ziehen kann, ist, dass das Erbe der antisozialistischen Propagandakampagnen des halben Jahrhunderts nach 1946 endlich verschwindet. "Terrorismus" und "Islam" haben "Sozialismus-Kommunismus-Marxismus-Radikalismus-Anarchismus" (gewöhnlich in den USA als Synonyme behandelt) als Schlagwörter abgelöst, um bei den Massen Alarmstimmung zu erzeugen. Obamas Wahlkampagne und seine Präsidentschaft spielten dabei, wenn auch unbeabsichtigt, eine Schlüsselrolle, dass die Erbschaft sich auflöste. Die Angriffe vor allem des rechten Flügels der Republikaner auf Obama als "einen Sozialisten, der den Sozialismus nach Amerika" bringt, führten zu einem Ergebnis, das die Republikaner weder voraussahen noch wollten. Viele Millionen Amerikaner – und vor allem die unter 30, die überdurchschnittlich Obama gegenüber McCain bevorzugten – überraschten die Republikaner mit ihrer Reaktion auf die Angriffe auf Obama als ein Sozialist. Im Grunde schlossen sie daraus, wenn Obama ein Sozialist ist, "dann ist Sozialismus vielleicht nicht so schlecht".

Der zweite Schluss aus der Umfrage ist, dass ein beträchtlicher Raum für eine Erneuerung der amerikanischen Linken heranwächst. Wahr ist, dass die allgemeine Vorstellung vom Sozialismus, der in weiten Teilen der US-Öffentlichkeit als annehmbar und selbst als "chic" gilt, sehr breit und sehr vage ist. Man meint damit jetzt sehr bescheidene Vorstellungen von einem Wohlfahrtsstaat mit mehr öffentlichen Diensten und einer Steuergesetzgebung, die Ungleichheiten von Vermögen und Einkommen verringert. Dennoch ist die Rückkehr gemäßiger Ideen von Sozialismus in die öffentliche Diskussion eine viel günstigere Situation für Anstrengungen, eine erneuerte Linke aufzubauen, als sie seit Jahrzehnten vorhanden war.

Die dritte Schlussfolgerung lautet, dass die tiefe Krise in den USA, die im letzten Jahr Millionen von Jobs und zwangsversteigerten Häusern kostete, das Vertrauen in den Kapitalismus als solchen schwer erschüttert hat. Zwar ist die aktive US-Linke immer noch sehr klein, doch sie konnte dabei helfen, die öffentliche Wahrnehmung von einer "Subprime-Hyphoken-" oder einer "Finanzkrise" in das höchst verschiedene Konzept einer "Krise des Kapitalismus" zu überführen. Quer durch das politische Spektrum und in vielen Massenmedien ist es plötzlich normal, neben den zusehends mühevollen Versuchen der Kapitalismus-Verteidigung, ausdrücklich antikapitalistische Argumente zu sehen, zu hören oder zu lesen.

Gleichzeitig steht Obama als das dominante Symbol ebenso wie als Führer einer absolut prokapitalistischen Antwort auf die Krise. Alle staatlichen Interventionen der Obama-Regierung sind offiziell als zeitweilig ausgewiesen: alles wird den privaten kapitalistischen Eigentümern zurück gegeben, "wenn die Krise vorbei ist". Der allergrößte Teil der Staatsgelder, mit denen die Wirtschaft stimuliert werden soll, fließt zunächst in die Hände privater kapitalistischer Unternehmen (durch den staatlichen Ankauf "toxischer", sich nicht rentierender Papiere von Banken und anderen Finanzunternehmen; durch das Senken von Unternehmenssteuern; durch Kapitalspritzen an Unternehmen; durch staatliche Anleihen und durch den Kauf von Gütern durch den Staat). Im Gegensatz dazu fließt nur ein winziger Teil von Obamas "Stimulus-Programm" direkt als Löhne an Arbeiter. Obama weigert sich, öffentliche Beschäftigungsprogramme auch nur zu diskutieren, geschweige denn auf den Weg zu bringen. Auch den Hausbesitzern will er keine direkte Hilfe zukommen lassen, damit sie in ihren Häusern wohnen bleiben können. Er besteht darauf, dass seine umfangreichere keynesianische Ausgabenpolitik die Krise bewältigen wird. Er verspricht, dass die USA (und die Welt) zu einer prosperierenden kapitalistischen Weltordnung zurückkehren werden.

Obama ist mithin eine widersprüchliche Figur in der aktuellen Lage der USA. Um dies zu erkennen, muss man sich nur die Explosion von Beschäftigungs- und Obdachlosigkeit im letzten Jahr anschauen. Der Kollaps des Wertpapiermarkts hat Millionen privater Pensionen zerstört; ältere Arbeiter verschieben ihren Rentenbeginn, so dass jüngere Leute vor weniger neuen Jobs stehen. Arbeiter ohne Beschäftigung können keine Hypothekenzinsen zahlen und verlieren ihre Häuser. Da die Krankenversicherung für die meisten Amerikaner an die Arbeitsstelle gebunden ist, fällt sie mit dem Verlust des Arbeitsplatzes weg. Krankheit stürzt die Arbeitslosen in totales Unglück. Ganze Zeltstädte entstehen unter den Brücken und an den Rändern vieler Städte. Und Millionen, die noch einen Arbeitsplatz und ein Zuhause haben, fürchten auch für sich eine solche Zukunft. Man hätte erwarten können, dass das neue Interesse am Sozialismus, wie es im Zusammenhang mit Obama zutage tritt, und der Verlust des Vertrauens in den Kapitalismus zu einer Explosion neuer linker Massenaktionen führt und zur Mobilisierung von Protesten gegen die sich schnell verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen.

Obama ist ein wichtiger Grund, warum dies **nicht** geschah. Nachdem er seine Kampagne mit dem Slogan "Hoffnung und Wechsel" bestritten hatte, war im Mai 2009 klar, dass, während der Wandel minimal und langsam vor sich ging, Obama sich immer noch auf die Hoffnung der Massen stützen konnte. Das heißt, die große Masse seiner Unterstützer blieb so dankbar, dass Bush gegangen wurde, dass sie mehr als gewillt waren, Obama mehr Zeit zu gewähren, bis sein Programm "greifen" würde. Dieser Teil des Obama-

Lagers, der am meisten von der kapitalistischen Krise getroffen wurde – Afro-Amerikaner, junge Frauen usw. – wurde aktiver in den Protesten gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, gegen die Wohnungsbedingungen und gegen die Unterstützungszahlungen an große Banken und hoch bezahlte Manager. Aber all ihre Proteste haben bisher sorgfältig jede Kritik an Obama ausgespart. Nationale Proteste oder Märsche nach Washington, die Obama in Verlegenheit bringen könnten, gibt es nicht. Er bleibt in Washington der beste Freund und die Hoffnung der Arbeiter; daher seine anhaltende Popularität in den Umfragen. Die Massen unterstützen ihn noch. Obamas Freunde aus den großen Konzernen und seine finanziellen Unterstützer schätzen gleichermaßen seine anhaltende Unterstützung durch die Massen trotz seines sehr kapitalistenfreundlichen Krisenprogramms.

Es bleibt politisch riskant, Obama zu kritisieren. Jede linke Kritik an den prokapitalistischen Zielen, Taktiken und an Obamas ökonomischen Beratern ruft Gegenangriffe hervor, dass solche Kritiken nur den republikanischen Reaktionären in die Hände spielen. Umgekehrt führt die Kritik aus Business-Kreisen und dem Zentrum gegenüber Obamas bescheidenen Vorschlägen für eine Steuerreform zu Gegenangriffen, dass ein menschlicherer Kapitalismus gebraucht wird, um die Obama-Allianz zusammen zu halten und die Wirtschaftskrise zu "lösen". Die Möglichkeit, dass das Phänomen Obama überlebt, hängt davon ab, ob seine Widersprüche und Verschiedenheiten an der Explosion gehindert werden können. Und dies wiederum hängt entscheidend davon ab, wie sich die gegenwärtige Krise entwickelt.

Obamas Strategie hat eine fundamentale Voraussetzung: dass die Krise weithin nur zeitweilig stattfindet, ein technisches Problem mit Märkten – besonders Finanzmärkten – die schlecht funktionierten. Diese Märkte müssen jetzt durch einen Wandel der Institutionen in Ordnung gebracht werden, durch eine neue staatliche Regulation und durch staatliche Interventionen mit Geldspritzen und Kreditgarantien. Wenn diese Schritte unternommen sind, dann wird die grundlegende Gesundheit der "Realwirtschaft" (Produktion und Verbrauch von Gütern) in dem Maß wieder durchschlagen, wie der Finanzsektor seine "eigentliche" Aufgabe wieder aufnimmt, Produktion und Verbrauch von Gütern zu erleichtern. Von daher Obamas Versprechen, dass die Hoffnung der Massen auf ihn gerechtfertigt wird durch die "baldige" wirtschaftliche Gesundung.

Folgt man den weiter oben vorgetragenen Argumenten, dann mag sich allerdings Obamas Versprechen als falsch erweisen. Es ist offenbar, dass die Arbeiterklasse der USA physisch erschöpft ist, emotional unter schwerem Druck und finanziell überbelastet ist durch Schulden, die sie nicht begleichen kann, nicht zu reden davon, dass sie die Schuldenlast erhöhen könnte, um sich die Verbrauchsausgaben wie vor der Krise leisten zu können. Sie kann nicht mehr Schulden aufnehmen und es könnte Jahre dauern, um die

niederdrückende Schuldenlast zu reduzieren. Dies würde die Nachfrage nach Konsumgütern von Firmen aus den USA wie vom Rest der Weltexporteure behindern. Denkt man an die Jahrzehnte lange Periode, da der rapide steigende Konsum der USA einen großen Teil der Weltwirtschaft antrieb, so wird klar, dass dieser Wandel in den USA wahrscheinlich die Prioritäten in der Entwicklung der anderen Länder verändern würde. Während es unmöglich ist, den Wandel in der Ressourcennutzung, im Welthandel, in den Kapitalströmen usw. vorherzusagen, so scheint es sowohl unweise wie unerwünscht, mit Obama zu meinen, es sei möglich, die Welt wieder nach dem Muster der Vorkrisenzeit aufzubauen. Mehr noch, wenn Obamas Politik die Weltwirtschaft tatsächlich zurückdrehen könnte zu den Bedingungen von 2005 und 2006, dann könnte ein weiterer Zusammenbruch die Folge sein (so wie der US-Kapitalismus 1937 zurück in die Tiefen der Depression stürzte nach einer Phase, die man fälschlicherweise für die "Erholung" hielt).

Niemand kann wissen, wie viel Zeit Obama politisch haben wird, um die gegenwärtige Krise zu managen, noch wie erfolgreich seine Maßnahmen sein werden und für wie lange. Was man sagen kann ist, dass die politische Situation in den USA jetzt mehr im Fluss und offener nach links ist, als sie es eine lange Zeit war. Wenn die Krise andauert, wenn ihre tieferen Ursachen eine Rückkehr zum status-quo-ante unmöglich machen, dann wird Obama mehr wie Franklin Delano Roosevelt oder sich immer mehr in eine Clinton-ähnliche Umarmung mit Business und moderaten republikanischen Positionen begeben. Und da keine dieser Optionen irgendwelche Garantien des Eindämmens oder gar der Überwindung der kapitalistischen Krise bietet, sind die Aussichten für die US-Linke besser als seit einer Generation. Tatsächlich haben die wirtschaftliche Krise und die Wahl Obamas die politischen Aussichten der Linken mehr befördert als die der Rechten. Die Rechte wurde schwer getroffen durch den Verfall des Bush-Regimes und die Wahl Obamas. Obama hofiert die Business-Rechte und isoliert die extreme Rechte, deren Rassismus, aggressiver Nationalismus und Verehrung von Waffen und fundamentalistischer Religion zumindest zeitweilig im Niedergang sind und die viel weniger politischen Einfluss haben als in den Jahren zuvor.

Eine Schlüsselfrage für die USA ist jetzt, ob der langfristige Niedergang der Arbeiterbewegung und der Linken allgemein unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise und der Obama-Wahl umgekehrt werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Kooperation von Obama-Regierung und der Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW), die massiv Chrysler und General Motors subventionieren, nicht als positives Zeichen gesehen werden. Wahrscheinlicher ist, dass sich völlig neue Strategien und Organisationen für Masseninterventionen in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln müssen, wenn die Möglichkeiten für eine erneuerte US-Linke realisiert werden sol-

len. Doch diese Möglichkeiten sind real. Sie zu verwirklichen, würde die USA und damit die Weltordnung transformieren.

V. Der Joker: Massenintervention

Konflikte zwischen den USA, Europa und Japan, Konflikte zwischen ihnen und den Hauptexporteuren in diesen Ländern und widersprechende Forderungen von Entwicklungs- und ärmeren Ländern werden die Weltpolitik in der nahen Zukunft prägen. Obama hat bei all dem das gemeinsame Interesse der USA im Auge. Auch wenn die USA-Hegemonie herausgefordert wird, bleiben die USA stark und werden wahrscheinlich standhalten, zum Teil aufgrund der Uneinigkeit potenzieller Gegner, besonders in Europa.

Die einzige Kraft, die dieses Ergebnis verändern könnte, ist die Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern. Jetzt hängt alles ab von ihrer Haltung und ihren Handlungen in dieser Zeit der ökonomischen Schwäche des Kapitalismus und der politischen Verwirrung. Wenn sie sich pflichtbewusst einreihet hinter den kapitalistischen Führern der einzelnen Nationen und ihre Manöver gegen ihre Kontrahenten in anderen Ländern unterstützt, wird der Masseneinfluss marginal bleiben. Wenn die Arbeiterklasse jedes Landes verlangt, dass Strategien zur Bewältigung der kapitalistischen Krise nicht bezahlt werden dürfen mit Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen, kann sie die Handlungsfähigkeit ihrer Führer in ihren Auseinandersetzungen mit den Führern anderer Länder einschränken. Das ist eine riskante Situation, die negative Ergebnisse haben kann, die dann den Arbeitern angelastet werden.

Dennoch, angenommen, die Arbeiterklasse der einzelnen Länder nähme eine andere Position ein, nämlich, dass die Lösung der globalen kapitalistischen Krise das Ende des Kapitalismus sei. Und weiterhin angenommen, dass sie damit nicht nur die Makroebene meinen – Planung statt Markt und Vergesellschaftung statt Privateigentum an Produktionsmitteln – sondern auch die Mikroebene – *Transformation der inneren Organisation der Unternehmen, so dass die Arbeiter der kollektive Vorstand eines jeden Unternehmens werden*. In diesem Fall wäre das Ziel der Intervention der Arbeiter eine neue Weltwirtschaft, die aufbaut auf dem Fundament eines post-kapitalistischen ökonomischen Systems – sowohl auf Makro- als auch auf Mikroebene. Das würde eine grundsätzlich andere Weltökonomie sein als die Rekonstruktion des Kapitalismus, die Wirtschaftsführer und Regierungen heute anstreben.

Natürlich haben wir noch nicht die organisatorischen Mittel oder die ideologischen Voraussetzungen, um ein solches Programm der Arbeiterklasse für die Krise und ein Eingreifen in die aktuelle kapitalistische Krise zu ermöglichen. Wenn wir das aber nicht auf die Beine stellen, wird die Welt eine weitere kapitalistische Krise durchleben, die 1. nur die Form des Kapitalismus vom privaten zum staatlichen umwandelt,

2. die Kosten und Einschnitte aufgrund der Krise ungerecht verteilt innerhalb und zwischen den Ländern, und 3. uns zwingt, die nächste sich endlos wiederholende Sequenz kapitalistischer Krisen abzuwarten. Ohne die Intervention der Arbeiterklasse bleibt diese Krise eine Krise im Kapitalismus und nicht des Kapitalismus.

Professor Dr. Richard D. Wolff, Professor of Economics in the Graduate Program in International Affairs, New School University, New York

Walter Baier

Die europäische Linke und die Krise

Die Frage, die uns politisch beschäftigen muss, lautet: Wenn die Krise unsere Theorie über den Charakter des Kapitalismus bestätigt und unsere Vorschläge so plausibel sind, dass sie nicht mehr nur uns allein einleuchten, warum drückt sich das nicht in einer politischen Linksentwicklung in Europa aus? Warum trifft zur Zeit eher das Gegenteil zu, und warum bildet sich zu einer Zeit einer, wie es allgemein heißt, "Krise der neoliberalen Hegemonie" keine neue, sozialistische Hegemonie heraus?

1. Zur politischen Landschaft in Europa

Nützlich ist, dass wir uns zunächst einige der politischen Ausgangsbedingungen vor Augen halten.

Eine 2008 von der Friedrich Ebert-Stiftung veröffentlichten Studie gibt eine Übersicht über die politische Landschaft links von der europäischen Sozialdemokratie. In der Studie heißt es, dass durch das "sozial-ökonomische Umfeld der EU begünstigt" neue linke Parteien entstehen, die einen "zunehmend stabilen und permanenten Akteur auf der politischen Bühne in Europa" darstellen, mehr noch, "eine Herausforderung für sozialdemokratische Parteien werden, weil sie sich von extremen kommunistischen Positionen losgesagt haben und teilweise für Werte eintreten, die die Sozialdemokraten angeblich aufgegeben haben."¹

In der englischen Fassung der Studie werden 22 "signifikante" Parteien links von der Sozialdemokratie angegeben, wobei signifikant für einen WählerInnenanteil von mindestens 3 Prozent *und* das Erreichen einer parlamentarischen Vertretung in der Periode 1990 bis 2008 steht. Es sind dies folgende: AKEL (Zypern), Einheitsliste – Rot Grüne Allianz (Dänemark), Sozialistische Volkspartei (Dänemark), Linksbund (Finnland), Kommunistische Partei Frankreichs (Frankreich), DIE LINKE (Deutschland), KKE (Griechenland), Synaspismos (Griechenland), VG (Island), Sinn Féin (Irland), Partei der Kommunistischen Widergründung (Italien), Partei der Italienischen Kommunisten (Italien), LSP (Litauen), SP (Niederlande), SV (Norwegen), Kommunistische Partei Portugals (Portugal), Linksbund (Portugal), Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (Tschechische Republik), Kommunistische Partei der Slowakei (Slowakei), ZRS (Slowakei), KP-Spaniens (Spanien), Linkspartei (Schweden). Immerhin zehn dieser Parteien waren seit 1989 in der einen oder anderen Form an der Regierung ihrer Länder beteiligt, was ausnahmslos (!) zu einem wahlpolitischen Rückgang führte (S. 4). Außerhalb der genannten verdienen auch noch zwei erst jüngst entstandene Parteien in Frankreich Beachtung: die "Neue Antikapitalistische Partei" (Nachfolgegruppe der trotzkistischen LCR) und die "Partei der Linken" (eine linke Abspaltung der französischen SP, die mit der KP und der Minderheit der LCR zu den Europaparlamentswahlen antritt).

Das Forschungsinteresse deutscher Sozialdemokraten besteht natürlich nicht zufällig, stellt doch die neue Partei die "LINKE" das in Europa bekannteste, aber keineswegs einzige Beispiel dieser Entwicklung dar. Erfolgreiche, neue linke Parteien lassen sich auch in Skandinavien, den Niederlanden, in Griechenland und in Portugal beobachten. Als Optimist von Berufswegen schließe ich daraus, dass die Krise der politischen Mitte nicht notwendiger Weise zu einem Rechtsruck führen muss, sondern auch einen Ausgangspunkt bilden kann für das Werden und Wachsen einer neuen linken Strömung.

Wenn auch zutrifft, dass die in der Europäischen Linkspartei (ELP) und in der konföderalen Fraktion, "Vereinigte Europäische Linke-Nordisch-Grün-Linke" (GUE-NGL) zusammengeschlossenen Parteien, einen zunehmend stabilen Faktor der europäischen Politik bilden, so stellen sie doch zur Zeit eine deutliche Minderheit dar, wie auch aus einer von Gael DeSantis in der jüngsten Nummer der Zeitschrift *transform!* veröffentlichten Übersicht entnommen werden kann.²

Seine Untersuchung beschäftigt sich hauptsächlich mit der europäischen Sozialdemokratie. Aufschlussreich ist folgender Vergleich: Noch 1999 waren in zwölf von 15 EU-Mitgliedern Sozialdemokraten und Sozialisten führend an Regierungen beteiligt, während dies heute nur mehr in vier der seinerzeitigen 15 (oder in sieben der 27 EU-Mitglieder) der Fall ist. Nur in neun Mitgliedsstaaten der EU stellen sozialistische oder sozialdemokratische Parteien heute die stärksten parlamentarische Formationen, in neun weiteren liegen sie auf dem zweiten Rang. In allen anderen an der dritten Stelle oder schlechter. In weniger als der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten vereinigen die Sozialdemokratischen Parteien mehr als 30 Prozent der WählerInnen.

Die Schwächung der Sozialdemokratie, die die neoliberale Politik in der EU mitformuliert und mitgetragen hat (Maastricht, Lissabon-Strategie, Verfassungsvertrag), erweist sich damit insgesamt als einer der hervorstechenden Züge der politischen Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt.

Hauptsächlich auf Grund dieser Schwächung der Sozialdemokratie stellt auch die Linke im breiten Sinn (GUE-NGLA, Grüne und PES) mit 41 Prozent eine Minderheit im Europäischen Parlament dar.

2. In der "Latenzperiode" der Krise

Ein Aspekt der momentanen politischen Lage ist sicher, dass man in Deutschland – ebenso wie in Österreich – derzeit noch eine Art Latenzperiode der Krise durchlebt. Die Krise ist angekommen, das beweisen die relevanten wirtschaftlichen Kennzahlen. Auch die in Umfragen erhobene öffentliche Meinung hat sich in Richtung Pessimismus gedreht, aber die sozialen Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise sind noch nicht in ihrer vollen Breite und Dramatik fühlbar. Herrschende und Beherrschte können sich der Hoffnung hingeben, dass das Unwetter sich verziehen wird, und dass, mit einigen Einschränkungen vielleicht, und nach einiger Zeit alles wieder seinen gewohnten Gang gehen werde. Im Herbst, wenn es zu den erwarteten Massenkündigungen tatsächlich kommen wird, die auch auf Klein- und Mittelbetriebe und die Kommunen drastische Auswirkungen haben werden, kann alles anders ausschauen.

Der Sprecher der "Österreichischen Armutskonferenz", Martin Schenk, prognostiziert ein Ansteigen der manifesten Armut um 25 Prozent für Herbst. Im Winter wären dann in Österreich 1 Million Menschen offiziell "arm", von Delogierungen, Strom- und Gasabschaltungen, Ausschluss von medialen und kulturellen Angeboten etc. betroffen. Schon an dieser Stelle sei vermerkt, dass diese Armut mehrheitlich weiblich ist, und in zunehmendem Maße Kinder betrifft.

Über den Ernst der wirtschaftlichen Lage scheint unter linken ÖkonomInnen, SozialwissenschaftlerInnen und politischen AktivistInnen Übereinstimmung zu bestehen. Doch sind wir uns in ausreichendem Maß über die Auswirkungen einer solchen Lage in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht im Klaren? Ermessen wir bereits, vor welche Aufgaben die Linke durch eine Weltwirtschaftskrise gestellt wird?

An diesem Punkt schadet es auch nicht, wenn wir uns eingestehen, dass wir eine Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen nur aus den Geschichtsbüchern kennen. Wir stehen also möglicherweise gleichermaßen vor politischen und lebensgeschichtlichen Einschnitten.

Das Problem betrifft aber die heutigen Gesellschaften, in den wir leben, insgesamt, die Eliten eingeschlossen. Weder die heute lebenden Deutschen noch die ÖsterreicherInnen haben soziale Erfahrung mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend. Daher stellt sich in politischer Hinsicht vor allem die Frage, wie wird der "Mittelstand" regieren, wozu ich die "Arbeiterklasse" rechne, zumindest in der Form, in der sie Gewerkschaften und politische Linke hauptsächlich adressieren, das heißt die "einheimischen", mehrheitlich männlichen, in Vollbeschäftigung stehenden Personen in privaten und öffentlichen Unternehmen, wenn er sich mit einem Mal um Gegenwart und Zukunft betrogen sieht?

3. Dramatische Befunde über die österreichische Jugend

Was ich aus meiner Heimat, Österreich, berichten kann, gibt nicht zu Optimismus Anlass. Hier geht die einheimische, männliche Arbeiterklasse nach rechts. Bereits seit den letzten Wahlen bildet der Rechtsextremismus einen Block, der den Konservativen und Sozialdemokraten im Parlament auf Augenhöhe gegenüber steht. Bei Regionalwahlen in Kärnten, die dieses Jahr, ein paar Wochen nach Jörg Haiders geheimnisumwitterten Unfalltod, abgehalten wurden, wählten 55 Prozent der männlichen Arbeiter unter 25 Jahren eine der beiden rechtsextremen Parteien. Das politische Szenario einer relativen Mehrheit des Rechtsextremismus im österreichischen Parlament nimmt somit konkrete Formen an. Noch aber sind die Auswirkungen der Krise nicht vollständig spürbar.

Einer von der SPÖ beauftragten neuesten Untersuchung über das Wahlverhalten der 16- bis 18-jährigen ÖsterreicherInnen ("ErstwählerInnen") entnimmt man, dass 31 Prozent von ihnen die FPÖ gewählt haben. Die Sozialdemokratie liegt der selben Untersuchung zufolge in diesem WählerInnensegment bei 9 Prozent.

Zu kurz greift, dieses Wahlverhalten als einen diffusen, unpolitischen Protest zu interpretieren. Nicht nur, dass aus der zitierten Untersuchung zu entnehmen ist, dass die beiden Parteien, FPÖ und BZÖ, von den Jugendlichen als "rechts" wahrgenommen und gerade deshalb gewählt werden, wurden auch alarmierende Haltungen erhoben. So stimmt etwa ein Drittel der JungwählerInnen der Behauptung zu, dass "die Juden am negativen Kapitalismus schuld" seien. Nur 40 Prozent von ihnen lehnen einen generellen Zuwanderungsstopp für Muslime ab.

Interessanterweise gibt es aber auch charakteristische Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Während für 28 Prozent der jungen Männer "Disziplin und Gehorsam zu den wichtigsten Eigenschaften gehören", trifft das nur für 18 Prozent der jungen Frauen zu.³

Obwohl es leicht fällt, Überschneidungen der FPÖ mit dem organisierten Neonazismus nachzuweisen, weigert man sich aus politischen und historischen Gründen, auf dieses Phänomen die Begriffe "Faschismus" oder "Faschisierung" anzuwenden. Doch festzustellen, dass heutiger Rechtsextremismus nicht im historischen Kostüm der 20er und 30er Jahre daher kommt, ist nicht nur wahr sondern auch trivial. Müssen wir uns, in Österreich versteht sich, nicht vor allem die Frage vorlegen, welche Potenziale in unserer Gesellschaft existieren, die eine Wiederholung der Geschichte ermöglichen – und zwar keineswegs als Farce, sondern als neuerliche Tragödie?

Die sadistisch ausländerfeindlichen Kampagnen der österreichischen Rechtsextremisten, und mehr noch ihre wahlpolitische Wirksamkeit, erhellen, dass wir in einer gesellschaftlichen Situation leben, in der das

autoritäre Potenzial neuerlich dabei ist, sich zu einer kritischen Masse zu verdichten, in der es zur Aggression gegen ethnische, religiöse, soziale und politische Minderheiten mobilisierbar ist.

Trifft dieser Befund nur auf Österreich zu?

Man sagt im Allgemeinen, dass der Vormarsch der Rechten das Fehlen einer glaubwürdigen politischen Alternative auf Seiten der Linken reflektiert. Für Frankreich und Italien, wo sich nach missglückten Regierungsbeteiligungen die Linke jahrelang in Auflösung und Fragmentierung befand, mag das zutreffen.

Aber wie verhält es sich im deutschsprachigen Europa? Liegt das Problem hier ausschließlich auf der politischen Ebene? Lässt sich nicht auch umgekehrt behaupten, dass der Versuch, eine neue, linke Hegemonie zu Stande zu bringen, auf die Schwierigkeit stößt, die in die Alltagskultur eingedrungenen neoliberalen Wertorientierungen zu überwinden? Mag also sein, dass der Neoliberalismus sich als Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft blamiert, als im Alltag wirksame Weltanschauung aber ist er weder praktisch noch theoretisch überwunden.

Walter Benjamin charakterisierte die faschistischen Bewegungen der 30er Jahre als eine Rebellion auf der Basis des Privateigentums. Wir kennen die Resultate. Kann sein, dass der Rechtsextremismus – zumindest unter den jungen unterprivilegierten Männern – ebenfalls als eine Rebellion zu verstehen ist, gegenüber einer prekär und unüberschaubar gewordenen Wirklichkeit, auf Basis einer durch den Neoliberalismus strukturierten Alltagskultur?

4. What is it? The economy? The culture?

Wenn dieser Befund zuträfe, was würde daraus folgen?

Selbstverständlich stimmt, dass auch ohne Wirtschaftskrise der Rechtsextremismus nicht verschwinden würde; jedoch wäre er ein überschaubares Problem. Stimmt also auch in diesem Fall Bill Clintons Satz, "It's the economy, stupid!?" ATTAC, Rosa-Luxemburg-Stiftung, transform! und viele andere Initiativen haben den Raum für kritische Debatten der wirtschaftlichen Lage weit geöffnet.

Dabei stellt sich heraus, dass auch nur mittelfristige Prognosen kaum möglich sind. Dies illustriert unter anderem der widersprüchliche Befund, den Barry Eichengreen und Kevin H. O'Rourke in ihrem Aufsatz, "A Tale of Two Depressions" erstellen. Einerseits ergebe sich aus dem Vergleich aktueller charakteristischer Indices (Aktienkurse, Industrieproduktion, Welthandel) mit denen von 1929, dass wir uns zur Zeit auf einem Entwicklungspfad bewegen, der dem der großen Krise Anfang der 30er Jahre entspricht. Oder noch schlimmer: "The 'Great Recession' label may turn out to be too optimistic."

Andererseits aber beweise der Vergleich der Zinspolitiken der Zentralbanken und der Geldmengenexpansion wiederum, dass sich die politischen Reaktionen

in den beiden Krisen doch deutlich unterscheiden. Damit ist nicht gesagt, dass diese ausreichend oder adäquat wären. Im Gegenteil. Die von linken Ökonomen aufgezeigten Alternativen – Umkehr des Umverteilungsprozesses der letzten drei Jahrzehnte, koordinierte europäische Konjunkturprogramme, Abkoppelung der Pensionssysteme von den Kapitalmärkten, Mindestsätze der Kapital- und Gewinnbesteuerung in Europa, Transaktionssteuern, öffentliche Beschäftigungssektoren usw. – verdeutlichen die Defizite, insbesondere der europäischen Regierungen. Was Eichelgreens und O'Rourke's Argument aber auch, und quasi nebenbei zeigt, ist, dass es Potenziale für eine andere Politik gäbe, den politischen Willen vorausgesetzt. Dass also vor allem ein Politikwechsel erforderlich ist.

Doch gibt es auch eine andere Perspektive.

Vor wenigen Wochen waren Österreichs Medien von nationaler Euphorie geradezu ergriffen, weil das Management eines transnationalen Konzerns 80 Prozent seiner einheimischen Belegschaft zum freiwilligen Lohnverzicht gewinnen konnte. Im Zeichen der Krise, versteht sich. Realistisch ist aber anzunehmen, dass die Belegschaft damit weniger ihre Arbeitsplätze sichert, als die Kriegskasse des Konzerns für eine angepeilte Übernahmeschlacht um den Opel-Konzern auffüllen wird.

Die Episode verdeutlicht, dass die Krise nicht nur, und nicht in erster Linie ein Feld ist, auf dem ExpertInnen unterschiedliche Interpretationen und wirtschaftspolitische Konzepte einander gegenüberstellen, sondern vor allem eine Auseinandersetzung darstellt, die darum geführt wird, welche sozialen Gruppen die Kosten einer unaufschiebbar gewordenen Bewältigung struktureller Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft zu tragen haben. Mit einem aus der Mode gekommenen Begriff kann man sagen, dass die Krise Feld und Form des Klassenkampfes ist. Das Motto der Demonstrationen, die am 28. März in vielen europäischen Städten stattfanden, "Wir zahlen nicht für Eure Krise", verdeutlichte das.

"Klassenkampf" handelt von der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Lebenschancen und der Macht zwischen den großen Gruppen in der Gesellschaft. Darum geht es in der Krise, und die Linke muss sich an jene wenden, die bedroht sind, ausgeplündert zu werden, die aber aufgrund ihrer großen Zahl und ihrer Stellung in der Gesellschaft den Anspruch nicht nur auf soziale Sicherheit, sondern auch auf Teilhabe und auf Gestaltung des gesellschaftlichen Ganzen stellen können. Das verstehe ich darunter, die Frage der Hegemonie zu stellen.

Heißt das also, dass in der Krise die Stunde der großen Vereinfachungen und des Fundamentalismus schlägt? Muss man akzeptieren, dass die Antwort auf rechte Demagogen und Hetzer in linkem Populismus und Kampfrhetorik bestünde?

Vielleicht hilft bei der Beantwortung der Frage die Erinnerung daran, dass es der Fundamentalismus war, mit dem die kommunistische Internationale auf die Krise der 20er Jahre reagierte, und sich für ihre Niederlage gegen den Faschismus mitverantwortlich machte. Im hellen Moment des VII. Weltkongresses nahm die Kommunistische Internationale, zu spät für Deutschland allerdings, ihre berühmte Wendung in Richtung Realpolitik und Verteidigung der bedrohten Demokratien vor, die man auch als eine adäquate Reaktion auf die Krise verstehen sollte.

Doch auch der multidimensionale Charakter der globalen Krise, in deren Mitte wir heute stehen, schließt einfache, eindimensionale, fundamentalistische Konzepte aus. Der archimedische Punkt, von dem ausgehend die Krise sich umfassend verstehen ließe, und von dem aus sie auch überwunden werden könnte, existiert nicht.

Die ökologische Krise, die Krise der internationalen Arbeitsteilung, die Nahrungsmittelkrise und die Krise der internationalen Ordnung kommen nicht einfach zur Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu, sondern sie sind deren sozialer Ausdruck nicht weniger als der sich in der Rezession entladende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Auswege zu finden, erfordert daher unterschiedliche Erfahrungen einzubeziehen, zum Beispiel, dass die Nahrungsmittelkrise, die sich mit der globalen Finanzkrise entwickelt und verschärft, in großen Regionen des Südens als eine Krise des Patriarchats wahrgenommen wird. Auch die Anfälligkeit der weißen einheimischen Arbeiterschaften in entwickelten kapitalistischen Ländern für den Rechtsextremismus verweist auf eine geschlechterpolitische Perspektive, dass nämlich die sich prekarisierenden Lebensverhältnisse von Männern in der neuen geschlechterpolitischen Situation besonders traumatisierend erlebt werden.

Ähnliches ließe sich über die durch die Massenimmigration ins Alltagsbewusstsein drängende Unhaltbarkeit der Arbeits- und Einkommensaufteilung zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre sagen. Auf diesem Hintergrund muss zur Botschaft, dass die Mehrheiten der Bevölkerungen sich politisch zur Wehr setzen müssen, wenn sie nicht zu Opfern der Krise werden sollen, eine weitere hinzugefügt werden: Wir alle werden im Gefolge der Krise unseren Lebensstil wesentlich verändern müssen.

Während die extreme Rechte den irrationalen Konservatismus nährt, die unerträglichen Disproportionen der kapitalistischen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise könnten mit Gewalt zulasten anderer aufrechterhalten werden, muss die Linke die Gegenwehr mit der politischen, kulturellen und psychologischen Vorbereitung jenes Wandels verbinden, der sich aus den Widersprüchen der heutigen Welt selbst ergibt.

Dabei sind die Verläufe und Resultate offen zu denken. Sicher ist aber eines: dass sie sich nur aus einem demokratischen Diskurs sehr unterschiedlicher An-

sprüche entwickeln lassen. Diesen zu organisieren, und mit dem Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten nach "unten" zu verbinden, ist meines Erachtens die politische Herausforderung, vor der wir stehen. Das Weltsozialforum, das vor wenigen Monaten in Belem stattfand, die von ihm ausgehenden Versuche einer internationalen Vernetzung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, auch auf der europäischen Ebene, stellen Schritte in diese Richtung dar.

Weitere werden folgen. Ob aber unsere Anstrengungen und Fähigkeiten bereits ausreichen, ist trotzdem fraglich.

In jedem Fall hilft Brecht: "Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein." (Lob der Dialektik)

Walter Baier, (Mag. Dr. rer. soc. oec) ist Ökonom. Er ist Koordinator des europäischen Bildungs- und Forschungsnetzwerks "transform!" und Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift. Er lebt in Wien.

Quellen

- (1) March, Luke (2008): "Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream?" Download: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05917.pdf>
- (2) Gael DeSantis: "Parliamentary Elections in 27 EU Countries: A Score Card" In: "transform! European journal for alternative thinking an political dialogue", 04/2009, Brussels, S. 228 – 232.
- (3) Studie des Instituts für Strategieanalysen, zitiert in: "Je jünger desto eher wird rechts gewählt", "Der Standard", <http://derstandard.at>, 17. Mai 2008, 15.15 Uhr

Peter Strutynski

Gefährlicher als Terrorismus?

Der Wirtschaftsabsturz und die weitere Militarisierung der Weltpolitik

Die Fragestellung meines Referats ist natürlich rein rhetorischer Art. Selbstverständlich ist die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise gefährlicher als der Terrorismus.

1. Vieles von dem, was seit dem 11. September 2001 als "Terrorismus" wahrgenommen oder politisch und medial kommuniziert wird, stellt für die Menschheit, und um die sollte es ja gehen, keine besondere Bedrohung dar. Dies gilt jedenfalls dann, wenn wir die Schäden und Wirkungen terroristischer Verbrechen in Beziehung setzen zu anderen Beeinträchtigungen und Schädigungen von Menschen etwa infolge von Unterentwicklung, Hunger, pandemischen Krankheiten, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung. Hierzu nur ein Beispiel: 100.000 Menschen sterben täglich an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen – meist in den 122 Ländern der Dritten Welt, in denen 4,8 Milliarden Menschen leben. Nach Jean Ziegler, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, ist Hunger zu einer "Massenvernichtungswaffe" geworden (vgl. Ziegler 2005). Seit dem Millenniumsgipfel 2000, bei dem die Vereinten Nationen feierlich die Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015 verkündeten, sind wir keinen Schritt voran gekommen. Zwar gab es, wie ein im November 2007 vorgelegter Entwicklungsbericht von Welthungerhilfe und terre des hommes zeigte, auf globaler Ebene durchaus "positive Trends", etwa bei der Reduzierung der Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben. Sie sank von 1,247 Milliarden 1990 auf 986 Millionen 2004. "Grund dafür (war) allerdings vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung in China, während in Afrika die Zahl der Armen selbst nach den optimistischen Prognosen der Weltbank von 298 Millionen (2004) auf 326 Millionen bis zum Jahr 2015 steigen wird. Insgesamt muss heute fast die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als zwei US-Dollar pro Kopf und Tag leben." (terre des hommes/Welthungerhilfe 2007)

2. Auch Ziegler sprach von der "positiven wirtschaftlichen Entwicklung in China". Das war vor zwei Jahren. Die gegenwärtige Krise macht auch um das bevölkerungsreichste und dynamischste Land der Erde keinen Bogen, weil seine Volkswirtschaft in vielerlei Hinsicht in die Weltwirtschaft integriert ist, insbesondere über seine starke Abhängigkeit von den Märkten der führenden Industrieregionen wie Nordamerika und Westeuropa. In noch viel dramatischerer Weise wirkt sich die weltweite Rezession auf die schwach entwickelten Länder und deren Bevölkerungen in der

Dritten Welt aus, ein Prozess, der sich in den kommenden Monaten beschleunigen wird. Bereits heute leide über eine Milliarde Menschen unter chronischem Hunger, und die Zahl der Hungernden wächst unablässig weiter. Das erklärte der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, also der Nachfolger von Jean Ziegler, anlässlich der Vorlage einer Studie des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) in der UN-Vollversammlung (Olivier de Schutter 2009). Alle sechs Sekunden sterbe ein Kind an Unterernährung, sagte De Schutter. Schuld an der Katastrophe sei unter anderem der "unfaire internationale Handel", der die erforderlichen Investitionen in die Landwirtschaft seit drei Jahrzehnten vielerorts verhindert habe. Der Präsident der Vollversammlung, Miguel d'Escoto Brockmann (2009), warnte in der selben Sitzung davor, dass das Heer der Hungernden unter der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Auswirkungen des Klimawechsels noch mehr zu leiden habe als alle anderen. Ad Melkert vom UN-Programm für Entwicklung (UNDP) sprach im Anschluss an den G20-Gipfel von London davon, "dass die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade in eine humanitäre Krise umschlägt, vor allem in den ärmsten Ländern". (Zit. n. Beutler 2009.) Zwar hatten die G20-Staaten den Entwicklungs- und Schwellenländern Hilfe zur Linderung der Krise zugesagt. Über den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Entwicklungsbanken wolle man Ländern helfen, die einen volkswirtschaftlichen Kollaps nicht mit eigener Kraft verhindern können. 1,1 Billionen US-Dollar werde man zur Verfügung stellen, der Welthandel solle mit Finanzierungshilfen in Höhe von 250 Milliarden Dollar angekurbelt werden. Vollkommen offen bleibt hingegen, wie viel Geld tatsächlich in die Hand genommen wird, wo dieses Geld hinfließt und wie viel davon unterwegs versickert.

Analysen über die Auswirkungen vergangener Wirtschaftskrisen belegen die Folgen sinkender Wirtschaftsleistung: Ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um drei Prozent lässt die Armut von Familien explodieren. Die Kindersterblichkeitsrate steige "geradezu mechanisch" um 47 bis 120 pro 1000 Lebendgeburten an. Jüngste Wirtschaftsdaten bestätigen diese Sorgen. Man könne davon ausgehen, dass sich die Wachstumsraten der Entwicklungsländer im Jahr 2009 halbieren werden, so Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (Beutler 2009). Das bestätigt auch eine Weltbank-Studie (World Bank 2009): In 94 von 116 untersuchten Ländern sei ein

akuter Abschwung zu beobachten. Die erste Folge ist Massenarbeitslosigkeit. So verlor Kambodscha 2008 bereits 30.000 Jobs in der Textilindustrie. In den Bereichen Schmuck, Autos und Bekleidung brachen in Indien im letzten Quartal 2008 eine halbe Million Stellen weg. Laut Weltbank sind in Asien 140 Millionen Menschen von extremer Armut bedroht. Von Afrika – obwohl nur relativ schwach in den Weltmarkt integriert – gar nicht zu reden! Der schwarze Kontinent leidet unter Exporteinbrüchen bei Öl, Kaffee, Diamanten und Grunderzeugnissen. Die Spekulation des reichen Nordens mit Nahrungsmitteln habe zu einer massiven Verteuerung geführt – in Ruanda hätten sich die Preise für Lebensmittel und Energie vervierfacht. Benin, Burundi, Liberia, Mosambik und Niger stehen laut der Kindernothilfe vor dem Staatsbankrott.

Der "Krieg gegen den Terror" übertrifft die Zerstörungen des "Terrorismus"

Ohne das Ausmaß und die Folgen terroristischer Anschläge verharmlosen zu wollen – die Blutspur von New York über London und Madrid bis nach Mumbai ist schlimm genug –, muss doch festgestellt werden, dass die "normale" Kriminalität weltweit wesentlich mehr Menschen Leben und Gesundheit kostet als der internationale Terrorismus. Doch von dieser normalen Kriminalität, mit Mord und Totschlag also, Menschenhandel, Vergewaltigungen und Kinderschändungen lassen sich keine Horrorszenerien und politische Strategien ableiten. Im Gegenteil: US-amerikanische Politikberater werten eine hohe Kriminalitätsrate sogar als einen Indikator für einen besonders hohen Grad an Entwicklung, als organischen Bestandteil der Wohlstands- oder Konsumgesellschaften sozusagen. Auch ein anderer Vergleich wäre anzustellen: Wie groß sind die zerstörerischen Wirkungen terroristischer Handlungen verglichen mit denen planmäßig verübter Militäractionen im Rahmen des sog. "Krieges gegen den Terror"? Wie viele Zivilpersonen wurden z.B. in Afghanistan seit Oktober 2001 oder in Irak seit März 2003 getötet? Da es offizielle Zahlen hierüber nicht gibt, sind wir auf Schätzungen unabhängiger Quellen angewiesen. Und die sprechen von bis zu einer Million Menschen in beiden Ländern. (Siehe z.B. für Irak: Gilbert Burnham u.a. 2009.)

"Die Verflechtung von tiefer Rezession, finanzieller Kernschmelze, fortschreitender Umweltzerstörung und sozialer Polarisierung signalisiert eine Krise des gesamten neoliberalen Entwicklungstyps, der sich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat und mittlerweile zur Vorherrschaft gelangt ist." So heißt es im neuen Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009). Mein ökonomisch nicht geschulter Verstand sagt mir, dass der Super-GAU der Finanzmärkte auf lange Sicht wohl noch das geringere Problem sein wird. Die Deutsche Bank beispielsweise hat im letzten Jahr einen Milliarden Gewinn eingefahren und Bankchef Ackermann schraubt die an-

gestrebte Gewinnmarge für die nächste Geschäftsperiode noch wesentlich höher. Auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank verteidigte er sein zuvor verkündetes und in der Öffentlichkeit auf Kritik gestoßene Renditeziel von 25 Prozent (Stern-online, 26.5.2009).

Das eigentliche Problem besteht darin, dass die Realwirtschaft in den Sog der größten Finanzmarktkrise seit 80 Jahren geraten ist. Die hektisch vorgenommenen Konjunkturstimulanzien, die jeden ökologischen Gedanken vermissen lassen, und die vorübergehend Linderung verschaffenden sozialen Abfederungsmaßnahmen von Massenarbeitslosigkeit werden nicht verhindern können, dass die Volkswirtschaften vieler EU-Länder in den nächsten Monaten in eine tiefe Depression verfallen werden. Und die Staaten, die zur Bekämpfung der Finanzkrise sehr tief in fremde Taschen gegriffen haben, werden jede noch so kleine konjunkturelle Erholung mit einer eisernen Sparpolitik im Keim ersticken. Somit wird die Depression länger anhalten als in früheren Zyklen. Hinzu kommt die Globalität der Krise, die kaum Nischen, Umwege oder Abkürzungsstrategien zulässt. Exportweltmeister Deutschland wird besonders stark darunter leiden, da der traditionell vernachlässigte Binnenmarkt die Einbrüche auf den Exportmärkten auch nicht annähernd wett ausgleichen können. Michael Krätke (2009) hat vor kurzem in einem Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Besonderheit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise damit erklärt, dass sie keinen Bereich auslässt. Es handelt sich um eine sechsfache Krise, deren einzelne Bestandteile über Rückkopplungseffekte eine dramatische Abwärtsspirale in Gang setzen:

- eine Krise des Welthandels,
- eine Krise des internationalen Banken- und Kredit-systems,
- eine Krise der Exportindustrien (hiervon wäre allein die deutsche Rüstungsexportindustrie auszunehmen),
- eine Krise der Transport- und Kommunikationsindustrien,
- eine Krise der neuen, exportorientierten Dienstleistungsindustrien und
- eine Krise der internationalen Arbeitsteilung.

Diese Krisen sind zudem verbunden mit einer sich verschärfenden Welthungerkrise – ich habe darauf bereits hingewiesen –, einer weltweiten ökologischen Krise, einer Krise der Politik (die sich in fortschreitender Politikabstinenz und Politikerverdrossenheit äußert) sowie in einer "Glaubenskrise" des Kapitalismus.

Nun macht allenthalben die Vokabel vom "Postneoliberalismus" die Runde. Vor allem Sozialwissenschaftler, die nicht gelernt haben, in längeren historischen Zeiträumen zu denken, sondern in jedem Modetrend gleich einen Epochenwandel, mindestens aber einen Paradigmenwechsel zu erkennen meinen, verwechseln die Sinn- und Legitimationskrise, in der sich der Neoliberalismus zu befinden scheint, mit seiner wirk-

lichen Krise. Dabei sind die vielen Schutzschirme, die der Staat – jetzt wo er selbst von den hartgesottenen Marktradikalen gerufen wurde – aufgespannt hat, überwiegend dazu da, den Status quo ante wiederherzustellen – vielleicht mit ein paar kosmetischen Zugeständnissen an sozialdemokratische Seelchen und den Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU.

Der Charakter des weltweiten Kapitalismus bleibt unverändert

Nüchtern betrachtet wird sich der Charakter des weltweiten Kapitalismus, jenseits aller beschönigenden oder anklagenden Attribute, in seinem Wesen auf absehbare Zeit nicht ändern – jedenfalls sofern man eine soziale und politische Revolution ausschließt. Die Hauptkennzeichen der gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und regionalen Entwicklung des Weltkapitalismus und seiner Regulative sehe ich in Folgendem (vgl. zum Folgenden Strutynski 2003a):

1. Die von der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Währungsfonds gestützte Durchsetzung neoliberaler Grundsätze in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fast aller Staaten der Erde hat vorübergehend einigen Schwellenländern genutzt, allerdings unter Inkaufnahme zunehmender sozialer Polarisierungen; die übrige Dritte Welt war dagegen überwiegend negativ betroffen. Inwieweit der IWF, der sich in den letzten Jahren harscher Kritik ausgesetzt sah, seine Kreditvergabepolitik grundlegend ändern wird, bleibt abzuwarten.
2. Zahlreiche Staaten und Gesellschaften, die von der "Globalisierung" ausschließlich negativ betroffen sind oder die wegen ihrer Ressourcen und aus geostrategischen Gründen zum Objekt der Begierde der USA und der anderen führenden kapitalistischen Staaten werden, sind vom Staatszerfall bedroht und werden vollends marginalisiert. Damit einher gehen ihre Entsouveränisierung im internationalen Konzert und ihre Radikalisierung im Inneren.
3. Damit hängt zusammen eine relativ ungehemmte Ausbreitung und Barbarisierung regionaler, zumeist innerstaatlicher Kriege und bewaffneter Konflikte insbesondere in der Dritten Welt und der ehemaligen "Zweiten Welt". (Vgl. Strutynski 2001.) Da sie unter dem Generalverdacht stehen, Terrorzellen von Al Kaida zu beherbergen, geraten sie ins Visier der USA, der Europäischen Union, der NATO, Russlands und anderer Staaten.
4. In den letzten Jahren stellen wir eine fortschreitende Umwandlung der Vereinten Nationen in ein Hilfsorgan der führenden Mächte, insbesondere der USA, fest. Die UNO soll im Wesentlichen nur noch auf zwei Funktionen reduziert sein: die Legitimierung militärischer Interventionen und die humanitäre Nachsorge in militärisch "befriedeten" Staaten und in den von jeder Entwicklung abgekoppelten Hunger- und Katastrophengebieten der Erde. In dem Zusammenhang ist eine gemeinsame Erklärung der Generalse-

retäre von UNO und NATO von Bedeutung. In der recht allgemein gehaltenen Erklärung vom 23. September 2008 geht es um "erweiterte Beratung" und "operative Zusammenarbeit", wie zum Beispiel bei der "Friedenserhaltung" auf dem Balkan oder in Afghanistan. Beide Generalsekretäre, Ban Ki-moon und Jaap de Hoop-Scheffer, verpflichten sich bei Bedrohungen und Herausforderungen gemeinsam vorzugehen. (Vgl. Sponeck 2009.) Eine solche Erklärung ist aus verschiedenen Gründen ungewöhnlich und mit zentralen Prinzipien der UNO kaum vereinbar. So wird der wichtigste Unterschied zwischen beiden Organisationen: hier eine Weltorganisation gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dort ein Militärbündnis ausschließlicher Sicherheit, schlicht übergangen. NATO und UNO begegnen sich nicht nur auf gleicher Augenhöhe, sondern als Bruderorganisationen, welche die selben politischen Ziele verfolgen und dies auch auf "operativer Ebene" durchsetzen wollen. Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen wird implizit aufgegeben durch die Anerkennung des Gewaltpotenzials der NATO. Des Weiteren wird offenbar akzeptiert, dass die NATO – entgegen ihrem eigenen Auftrag und der nach UN-Charta einzigen legalen Aufgabe, nämlich ein Verteidigungsbündnis im Rahmen des Art. 51 der UN-Charta zu sein – weltweit bei "friedenserhaltenden" Maßnahmen eine ähnliche Rolle wie die UNO spielen soll. Schließlich verträgt sich die NATO-UNO-Erklärung nicht mit der Integrität des UN-Generalsekretärs, der allen 192 UN-Mitgliedstaaten verpflichtet ist, d.h. auch den möglichen Gegnern der NATO. Unabhängig von der spekulativen Frage, wer hier durch wen instrumentalisiert wird: die NATO durch die UNO oder die UNO durch die NATO, drückt sich in dem Agreement ein Bedeutungsgewinn der NATO und ein entsprechender Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen aus. Die Gipfelerklärung von Straßburg verbucht den NATO-UN-Deal als großen Erfolg. In Ziffer 19 heißt es hierzu: *"Die gemeinsame VN-NATO-Erklärung vom letzten Jahr stellt einen wichtigen Schritt bei der Entwicklung der Zusammenarbeit dar und wird einen maßgeblichen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen und Herausforderungen leisten, mit denen die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist."* (NATO 2009)

Auch Obama setzt auf die "leadership" der USA

5. Ein weiteres Kennzeichen der gegenwärtigen postbipolaren Epoche ist der in den letzten Jahren immer deutlicher zum Ausdruck kommende Drang der USA zum "Unilateralismus", der von der komfortablen Situation einer uneinholbaren militärischen Stärke begleitet wird. Dieser Unilateralismus ist eng verbunden mit der achtjährigen Amtszeit von George W. Bush. Der neue Präsident pflegt einen anderen Stil. Bei all seinen Auslandsbesuchen, die er in den ersten 100 Tagen absolvierte, war das meist gehörte Wort von ihm, er wolle "zuhören", was seine Partner zu sagen hätten, bevor er selbst Vorschläge macht. In der Sache freilich bleibt auch Obama der außenpoliti-

schen Leitlinie seines Vorgängers und aller seiner Vor-Vorgänger treu: Die USA verstehen ihre Rolle in der Welt als "leadership". Der frühere Präsidentenberater Zbigniew K. Brzezinski hat 2007 ein Nachfolgebuch seines bekannten Werks "Die einzige Weltmacht" (1997) geschrieben. Sein neuer Bestseller heißt "Second Chance" (Brzezinski 2007). Darin zieht Brzezinski eine Bilanz der US-Außenpolitik der letzten drei Präsidenten, insbesondere der Bush-Ära. Das Ergebnis seiner Analyse: Der ausgeprägte Unilateralismus und die brachiale Kriegspolitik der US-Administration der letzten acht Jahre hat die USA vom Erreichen ihrer geopolitischen Ziele – an denen Brzezinski selbstredend festhält – weit entfernt. Aus der Rationalität der Hegemonialmacht USA haben Bush und Konsorten alles falsch gemacht, was falsch zu machen war. Sie haben einen Keil durch Europa getrieben und sich (fast) die ganze arabische oder muslimische Welt zum Gegner gemacht. "15 Jahre nach seiner Krönung als globale Führungsmacht wurde Amerika eine furchtbare und einsame Demokratie in einer politisch antagonistischen Welt". Lediglich auf dem militärischen Sektor sind die USA heute stärker als nach dem Ende der Sowjetunion. Doch die Fähigkeit des Landes "zu mobilisieren, zu inspirieren, eine bestimmte Richtung vorzugeben und somit die globalen Realitäten zu gestalten", diese Fähigkeit sei "signifikant gesunken". Amerika müsse, um wieder zu wirklicher Größe aufzusteigen, an Glaubwürdigkeit und Legitimität zurück gewinnen. Und der künftige Präsident müsse all sein politisches und diplomatisches Geschick einsetzen, um eine wahrhaft postbipolare "globalistische" Außenpolitik zu gestalten.

6. Des Weiteren erleben wir heute eine zunehmende Differenzierung der ökonomischen und geostrategischen Interessen zwischen den führenden Staaten der "Triade" USA-Europa-Ostasien einschließlich der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den global operierenden Transnationalen Konzernen (vgl. Altvaater/Mahnkopf 2007). Allem Anschein nach spielt sich gegenwärtig in der Weltautomobilindustrie etwas ab, was diverse Prognoseinstitute und Experten schon seit langem vorausgesagt haben: Die weltweit aufgebauten Überkapazitäten der rund 20 großen Automobilhersteller werden durch Insolvenzen, Fusionen und anschließende Stilllegungen überflüssiger Marken oder Werke abgebaut.

An der Schwelle eines neuen Kalten Kriegs

Wo steht die Welt heute und wohin steuert sie? Welche strategischen und militärischen Optionen spielen heute in der Weltpolitik eine Rolle?

Mit dem Ende des "klassischen" Ost-West-Konflikts in Europa vor knapp zwanzig Jahren haben sich die Koordinaten der Weltpolitik zweifellos stark verändert. Wir befinden uns seither in einer Übergangszeit, in der drei verschiedene Konstellationen nebeneinander existieren. Ich möchte das zu drei Thesen zuspitzen (vgl. zum Folgenden Strutyński 2003b): Erstens hat

der Kalte Krieg nicht wirklich aufgehört (1), zweitens stehen wir an der Schwelle eines neuen Kalten Kriegs (2) und drittens befinden wir uns auf der Rückkehr in die Zeit vor dem Kalten Krieg (3).

(1) Zur ersten These: Der Kalte Krieg, der in den 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg der ganzen Welt seinen Stempel aufgedrückt hatte, ist nur aus einer eurozentrischen Perspektive beendet worden. In Ostasien und im pazifischen Raum hat der Kalte Krieg in Wirklichkeit nie zu existieren aufgehört. Dies hat damit zu tun, dass in Asien der große Antipode der USA, die Volksrepublik China, von der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts nicht betroffen war und nicht in den Strudel des Zerfalls des Realsozialismus geriet. Unabhängig davon, wie sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in China entwickeln werden, stellt das Land für die Supermacht USA eine große Herausforderung dar – auch wenn sich Peking Mühe gibt, nicht als Supermacht zu erscheinen. China ist in eine Reihe von Konflikten involviert, die über die Region hinaus weisen und die pazifische Hegemonialmacht USA auf den Plan rufen: der Streit um Inseln im Chinesischen Meer etwa oder – vor allem – Pekings Anspruch auf Taiwan zählen genauso dazu wie das Aufeinandertreffen der beiden Mächte in Afrika. Hier geht es den USA ähnlich wie dem Hasen in der Geschichte vom Hasen und dem Igel: Überall wo die USA Fuß zu fassen versuchen, stellt sich heraus, dass China bereits hier ist. Auch die koreanische Halbinsel spielt eine herausragende Rolle in der Kontinuität des "Kalten Kriegs". Im jahrelangen Poker um die zivilen und militärischen Atomprogramme Nordkoreas haben die Kontrahenten alle Register des gängigen gegenseitigen Bedrohungsrituals gezogen. Kalter Krieg also wie gehabt! Und auch wenn wir den Blick nach Europa wenden, scheinen die alten Muster des Kalten Kriegs, insbesondere im Verhältnis zwischen NATO und Russland, wieder aufzuleben. Der kurze georgisch-russische Krieg um Südossetien im vergangenen August war fast so etwas wie ein "Stellvertreterkrieg": Die NATO weiß nun, wann für Russland die Grenze des Zumutbaren erreicht ist. Und Russland sollte wissen, welche Absichten die NATO und ihre Führungsmacht USA in der kaukasischen Region im Schilde führen.

(2) Meine zweite These lautet: Bestehen einerseits noch überkommene Strukturen des Kalten Kriegs fort mit der Tendenz sich wieder zu verfestigen, so ziehen gleichzeitig neue Strukturen eines "Kalten Kriegs" am Horizont auf. Diese sind zweifacher Natur. Einmal geht es um die hochgradig ideologisch ausgetragene Konfrontation zwischen der "zivilisierten" und der "nicht zivilisierten", der christlich-abendländisch-modernen Welt und der islamisch-mittelalterlichen Welt. Der unvermeidbare Zusammenstoß der Kulturen, den Samuel Huntington (1996) schon Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts kommen sah, scheint mit den Angriffen auf die Twin Towers eingeläutet

worden zu sein. Was die Situation heute von dem alten Kalten Krieg unterscheidet und so gefährlich macht, ist die Tatsache, dass die USA aufgrund ihrer militärischen Stärke diesen Kalten Krieg nach Belieben auch heiß führen können und das in Irak und Afghanistan und mittlerweile auch in Pakistan auch tun.

(3) Meine dritte These lautet: Die westlichen Industriestaaten (einschließlich Japan), die den Kalten Krieg in relativer transatlantischer Geschlossenheit verbracht haben, gewinnen an außenpolitischer Bewegungsfreiheit zur Durchsetzung dessen, was sie selbst als nationale Interessen definieren. Die Risse, die periodisch immer wieder zwischen den USA und den EU-Staaten, aber auch innerhalb der EU sichtbar werden, deuten auf langfristige strategische Widersprüche hin, die über den Weg des politischen Kompromisses nicht endlos zu kitten sein werden.

Hauptkontrahenten: die USA und Deutschland

Das Interessante dabei ist, dass die Hauptakteure wieder die selben sind, die schon vor hundert Jahren den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt ausgetragen haben. Nach dem bekannten Sozialwissenschaftler und Philosoph Immanuel Wallerstein (2002) waren dies seit 1873 Deutschland und die Vereinigten Staaten. Sie repräsentierten bis 1913 die erfolgreichsten Ökonomien und lieferten sich von 1914 bis 1945 einen "dreißigjährigen Krieg", der – in der Zwischenkriegszeit – nur von einem Waffenstillstand unterbrochen war. Deutschland hat nun im Rahmen der EU Verstärkung erhalten – die USA sind weiter auf sich gestellt und im Moment dabei, trotz weltweitem Engagement politisch in die Isolation zu geraten. Der britische Pudel Blair hat abgedankt und der französische Ersatzpudel Sarkozy wird wohl zu Hause alle Hände voll zu tun haben. Wallerstein gibt den USA nur noch wenige Jahre für den unabwendbaren Abstieg als einer entscheidenden Macht in der Weltpolitik. Schon heute sei es so, dass die USA lediglich auf militärischem Gebiet eine Weltmacht darstellen, ökonomisch seien sie es längst nicht mehr. Für Wallerstein stellt sich deshalb nicht mehr die Frage, "ob die US-Hegemonie schwindet, sondern ob die Vereinigten Staaten einen Weg finden, in Würde abzudanken, mit einem Minimum an Schaden für die Welt und für sie selbst". (Wallerstein 2002)

Die relativ einfache und gut durchschaubare Weltordnung der Bipolarität und des Systemwettstreits zwischen einem gezähmt und attraktiv erscheinenden Kapitalismus auf der einen und einem ökonomisch ineffizient und demokratisch defizitär erscheinenden Sozialismus auf der anderen Seite ist also heute von einem höchst explosiven Gemisch dreier sich überlagernder Konfliktkonstellationen abgelöst worden.

Sie finden in einem einzigen Krieg ihren konzentrierten Ausdruck, nämlich in Afghanistan. (Vgl. zum Folgenden Strutynski 2008.) Das Land am Hindukusch

hat nicht viel mehr zu bieten als eine für den Westen interessante geostrategische Lage. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle eines Territoriums, in dem bzw. durch das hindurch ein wichtiges Ölpipeline-Projekt realisiert werden soll: die Verbindung zwischen der öl- und erdgasreichen Kaspi-Region und dem Indischen Ozean – gleichsam ein Bypass, um russisches Gebiet zu umgehen. Es geht auch um die strategische Lage Afghanistans: Das Land am Hindukusch grenzt im Süden an Pakistan (dahinter im Südosten folgt Indien) und im Westen an Iran. Russland im Norden ist nur durch die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan getrennt. Und im Osten reicht ein schmaler Landkorridor bis an die Grenze Chinas, des großen Antipoden der USA und der Europäischen Union im Kampf um die knapper werdenden Energieressourcen der Erde. Afghanistan liegt also inmitten einer Region, in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt und die über zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorkommen verfügt. Afghanistan ist somit eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde, geradezu prädestiniert als eine Art terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Wer wollte hier nicht das Sagen haben?!

Der Kampf auf dem "eurasischen Schachbrett"

Die Konsequenz, mit der die USA in der Zeit der sowjetischen Besetzung Afghanistans alle Aufständischen mit Waffen und Logistik unterstützt haben, und die Unerbittlichkeit, mit der die heutigen Besatzer um die Kontrolle des Landes kämpfen, weisen darauf hin, dass der Westen die Empfehlung des großen Strategen Zbigniew K. Brzezinski aus den 90er Jahren beherzigt: Für die "globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas" werde es "von entscheidender Bedeutung sein", so können wir in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" (1997) lesen, "wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird". Der "eurasische Kontinent" - darunter verstand Brzezinski vor allem die Region vom Schwarzen Meer, dem Kaukasus und dem Kaspischen Meer bis nach Zentralasien – ist also das "Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird". Daher rührt das Interesse Russlands, in Afghanistan zumindest indirekt einen Fuß in der Tür zu behalten. Auch nach dem Zerwürfnis mit der NATO wegen der Georgienkrise teilte der Generalstab in Moskau mit, die Afghanistan-Kooperation mit Brüssel "stehe nicht zur Diskussion". Und der russische Botschafter bei der Nato, Dmitri Rogosin, wird in der "Iswestija" mit den Worten zitiert: "Uns käme eine Niederlage der Nato in Afghanistan nicht gelegen." (Zit. n. Strutynski 2009a.) Nicht nur einen Fuß in der Tür, sondern freien Zugang wünscht sich der Westen (USA, NATO, EU) seinerseits im Kaukasus und der Schwarzmeerregion. Die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO waren auf dem Bukarester Gipfel ausgemachte

Sache und sind in der Gipfelerklärung von Straßburg erneuert worden (NATO 2009). Der Versuch der dem Westen verpflichteten georgischen Führung, das ganze Land einschließlich Abchasiens und Südossetiens mittels eines Angriffskrieges unter Kontrolle zu bringen und die lästigen Russen heraus zu drängen, ist grandios gescheitert. Umso mehr werden USA und NATO versuchen, die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO zu beschleunigen und damit den Ring um Russland auch vom Süden her noch enger zu ziehen. Das im Mai 2009 begonnene NATO-Manöver in Georgien unterstreicht in provokanter Weise diese Strategie.

Es ist seit dem Augustkrieg in den Leitartikeln der Meinungspressen verschiedentlich wieder in Mode gekommen, von einem neuen "Kalten Krieg" zu sprechen. Die jüngsten Ereignisse auf dem eurasischen "Schachbrett" rufen in der Tat Erinnerungen an den für erledigt gehaltenen alten Kalten Krieg wach. Die seiner Zeit von George F. Kennan erfundene Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber der Sowjetunion wird nur von einer möglicherweise härteren Variante abgelöst, für die Bezeichnungen wie Constriction (Einschnürung) oder gar Strangulation zutreffender sein dürften. Sollte dies gelingen, könnte sich der Westen voll auf den Kontrahenten China konzentrieren.

Der Anspruch der USA und der NATO, zusammen mit der EU weltweit für Frieden und Sicherheit sorgen zu wollen, ruft zwangsläufig Gegenkräfte auf den Plan, die nicht Mitglied der NATO sind und sich auch von der UNO nicht in ausreichendem Maß vertreten fühlen.

Im Augenblick gibt es zwei nennenswerte Organisationen, die sich von der NATO herausgefordert fühlen: die OVKS und die SOZ (vgl. hierzu und zum Folgenden Strutynski 2009b). Die OVKS (Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit) ist 1992 von einer Reihe von Staaten, die vormals der Sowjetunion angehörten, gegründet worden. Ihr gehören neben Russland und Weißrussland die Kaukasus-Republik Armenien sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan (seit 2006) an. Es ist ein reines Verteidigungsbündnis, das die nach der Auflösung der Sowjetunion entstandene Sicherheitslücke schließen wollte. Es hat während der ganzen Zeit keine sicherheitspolitische Rolle gespielt. Im Oktober 2008 machte das Bündnis von sich reden, als es beschloss, eine gemeinsame Eingreiftruppe ins Leben zu rufen. Ziel der Truppe sei es, im Fall eines Militärkonflikts "jede Aggression gegen das Bündnis abzuwehren. Die weiteren Aufgaben bestehen darin, gegen den internationalen Terrorismus, den Drogenhandel und die grenzüberschreitende Kriminalität vorzugehen sowie (Natur-)Katastrophen zu bekämpfen.

Die SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit; Shanghai Cooperation Organization-SCO) wurde erst 2001 gegründet, erfreut sich aber weitaus größerer Aufmerksamkeit als die fast zehn Jahre ältere OVKS. Dazu trägt sicher der Umstand bei, dass mit

China der wohl bedeutendste aufstrebende Global Player Mitglied der Organisation ist. Ansonsten gehören ihr – mit Ausnahme von Armenien und Weißrussland – alle OVKS-Staaten an. Indien, Iran, Mongolei und Pakistan haben Beobachterstatus. Obwohl die Schanghai Organisation immer wieder betont, sich nicht als Gegengewicht zur NATO zu verstehen und ihre Hauptaufgaben mehr in der wirtschaftlichen Kooperation verortet, sind ihre einzigen wirklich sichtbaren "Erfolge" militärischer Art, so etwa ein großangelegtes gemeinsames Manöver im August 2007, das den "antiterroristischen Kampf" übte. Die weiteren Ziele ähneln sehr stark denen der OVKS: Sie haben sich verpflichtet, in der Region gemeinsam den Drogen- und Waffenhandel sowie den politischen Extremismus und Separatismus zu bekämpfen. Ungelöste Konflikte untereinander (z.B. Streitigkeiten bei grenzüberschreitenden Rohstoffvorkommen und Wasserreserven) sollen friedlich beigelegt werden.

Obama-Regierung: Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik

Zum Schluss möchte ich noch auf eine Frage eingehen, die derzeit landauf landab gestellt wird: Was hat die Welt vom neuen US-Präsidenten Obama zu erwarten. Was deutet sich an Veränderungen in Bezug auf die NATO und die generelle außenpolitische Orientierung der USA an?

Generell kann wohl gesagt werden, dass von allen Politikbereichen der Vereinigten Staaten die Außen- und Sicherheitspolitik die größte Kontinuität aufweist. Dies wurde schon sichtbar bei der Nominierung der Hillary Clinton zur Außenministerin und von Robert Gates für das Verteidigungsressort, das er schon unter George W. Bush leitete. Hinzu kommen inhaltliche Kontinuitätslinien. Insbesondere das Energiethema ist in den letzten Jahren zum Top-Thema der USA und der NATO geworden. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom September 2002 war die Richtung angegeben worden: Es geht um die "Erschließung neuer Quellen und Arten globaler Energie", insbesondere in der westlichen Welt, Afrika, Zentralasien und der Kaspischen Region, heißt es dort. Und auch die Münchner Sicherheitskonferenz 2006 beschäftigte sich vorwiegend mit dieser Frage.

Diese neue Orientierung verkörpert wie kaum ein anderer der neue Nationale Sicherheitsberater der Obama-Administration, James Jones (vgl. Rozoff 2009). US-General Jones war von 2003 bis 2006 Oberkommandierender der NATO in Europa (SACEUR) und war in dieser Zeit vor allem auf zwei Ebenen wirksam: Einmal sorgte er sich um die "Transformation" der NATO aus einem Verteidigungsbündnis (nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags) in ein Interventionsbündnis. Unter seiner Ägide wurde insbesondere das NATO-Eingreiftruppen-Konzept entwickelt. Zum anderen beförderte er die Neuausrichtung der NATO auf die (weltweite) Sicherung von Energieressourcen.

So sah er es als seine Aufgabe an, die Erkenntnisse aus dem sog. Cheney-Report vom Mai 2001 ("Reliable, Affordable, and Environmentally Sound. Energy for America's Future") in militärische Planung umzusetzen. Das hieß insbesondere die USA und die NATO in die Lage zu versetzen, politische Kontrolle über die aus deren Sicht drei wichtigsten Energie-Regionen zu gewinnen: den Persischen Golf, das Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer und den westafrikanischen Golf von Guinea. Jones gilt denn auch als Architekt von AFRICOM, dem neuen US-Kommando für Afrika, das 2007 beschlossen wurde und im Oktober 2008 in Stuttgart offiziell seine operative Arbeit aufnahm (siehe hierzu z.B. Ruf 2008).

Von US-amerikanischen Kommentatoren und Leitartiklern wird der neue Sicherheitsberater Obamas schon heute in einem Atemzug genannt mit solchen Größen wie Henry Kissinger (der diesen Posten unter Präsident Richard Nixon innehatte) und Zbigniew Brzezinski (Sicherheitsberater unter Jimmy Carter). Damit soll auch zum Ausdruck gebracht werden, dass Jones zugetraut wird, zum mächtigsten und einflussreichsten Mann der Obama-Administration aufzusteigen – mit einer Agenda, die er bereits als NATO-Kommandeur erfolgreich durch deklinierte. So hatte sich etwa der NATO-Gipfel in Riga im November 2006 in Bezug auf die "Energiesicherheit" einen Arbeitsauftrag erteilt, "die Bereiche zu definieren, in denen die NATO zur Gewährleistung der Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder einen Mehrwert einbringen und auf entsprechendes Ersuchen nationale und internationale Anstrengungen unterstützen kann". Hinzu kommt, dass fast alle laufenden NATO-Missionen einen mehr oder weniger direkten Bezug zur Energiesicherheit haben: die beiden NATO-Assistance-Missionen in Sudan und im Irak, ISAF in Afghanistan, die Operation Active Endeavour im Mittelmeer, die Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und die Kosovo-Force (KFOR) im Kosovo. (Vgl. Roithner 2009)

Kurz bevor US-Außenministerin Hillary Clinton zu ihrem Europatrip aufbrach, um der NATO in Brüssel einen Besuch abzustatten, verkündete sie in einer Pressekonferenz, dass die neue Administration den Begriff "war on terror" aus ihrem Vokabular gestrichen habe (Wall Street Journal, 31.3.2009). Im Grunde folgt sie damit einer Empfehlung der RAND-Corporation, die in einer Studie vom Juli letzten Jahres nachgewiesen hatte, dass sich der "Krieg gegen den Terror" als kontraproduktiv herausgestellt habe (Jones/Libicki 2008). Das wichtigste Ergebnis aus der Studie, die 268 Terrorgruppen im Zeitraum von 1968 bis 2006 unter die Lupe genommen hatte: In den allermeisten Fällen wurde den Terrorgruppen eine Ende bereitet durch polizeiliche und geheimdienstliche Tätigkeiten oder dadurch, dass die Gruppen mit den jeweiligen Regierungen Arrangements getroffen haben hinsichtlich der Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die US-Außenministerin und ihr Präsident haben bisher aber nichts unternommen, um den unter

Bush eingeleiteten Krieg gegen den Terror real zu beenden. In Afghanistan und Pakistan wird der Krieg sogar ausgeweitet. Hier geht es aber nicht mehr um einen Krieg gegen den Terrorismus, sondern – wie es in der speziellen Afghanistan-Erklärung des Straßburger NATO-Gipfels heißt – darum, "Sicherheit für das afghanische Volk zu schaffen, unsere Bürger zu schützen und die Werte, nämlich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, zu verteidigen."

Die kommenden Kriege um Energie, Rohstoffe und Einflussphären werden also künftig im Namen von Freiheit und Demokratie geführt werden. Also wiederum: Nicht viel Neues unter der Sonne. Das ist aber beileibe kein Trost.

Peter Strutynski, Politikwissenschaftler,
AG Friedensforschung an der Uni Kassel,
Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Literatur

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2009): Memorandum 2009. Von der Krise in den Absturz, Köln
- Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (2007): Konkurrenz für das Empire – Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster
- Benjamin Beutler (2009): Die Ärmsten leiden besonders. In: Neues Deutschland, 8. April
- Zbigniew K. Brzezinski (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M.
- Zbigniew K. Brzezinski (2007): Second Chance: Three Presidents and the Crisis of American Superpower, Basic Books 2007
- Gilbert Burnham, Riyadh Lafta, Shannon Doocy, Les Roberts (2006): Mortality after the 2003 invasion of Iraq: a cross-sectional cluster sample survey. In: www.thelancet.com; 11. Oktober
- Miguel d'Escoto Brockmann (2009): Statement. To the Informal General Assembly Interactive Thematic Dialogue on the Global Food Crisis and the Right to Food, New York, 6. April, <http://www.un.org/ga/president/63/statements/foodcrisis60409.shtml>
- Samuel Huntington (1996): Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien
- Seth G. Jones, Margtin C. Libicki (2008): How Terrorist Groups End. Lessons for Countering Al Qa'ida. Ed. By the RAND Corporation; http://www.rand.org/pubs/monographs/2008/RAND_MG741-1.pdf
- Michael Krätke (2009): Nicht nur eine Finanzmarktkrise; http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Krise/NichtnureineFinanzmarktkrise.pdf
- NATO (2009): Gipfelerklärung von Straßburg/Kehl; <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/2009-gipfelerklaerung.html>
- Rick Rozoff: Global Energy War: Washington's New Kissinger's African Plans, Chicago, Illinois (unveröff. Manuskript, Januar 2009)
- Thomas Roithner (2009): Vom Energiepoker zum Ressourcenkrieg? Das Ende der NATO am Ende des fossilen Energiezeitalters? In: Wissenschaft & Frieden, Heft 1
- Werner Ruf (2008): Africom – Der Griff der USA nach Afrika. In: utopie kreativ Nr. 216, Oktober, S. 883-892

Olivier de Schutter (2009): Statement. Interactive Thematic Dialogue of the U.N. General Assembly on The Global Food Crisis and the Right to Food, Trusteeship Council Chamber, New York, 6. April; <http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/15-srftstatementpaneltrf-06-04-09.pdf>

Hans von Sponeck (2009): UNO und NATO: Welche Sicherheit und für wen? In: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hg.): Die Welt nach Bush, Kassel (im Erscheinen)

Peter Strutynski (2001): Nichts Neues unter der Sonne? Die Kriege des 21. Jahrhunderts. In: Forum Wissenschaft, Nr. 4, Oktober, S. 59-63

Peter Strutynski (2003a): Die USA sind nicht allmächtig. In: Gewaltfrieden nach dem Willen der einzigen Weltmacht? Wege aus der Gefahr. Beiträge zum 11. Dresdner Friedenssymposium, DSS-Arbeitspapiere, Heft 65, S. 6-18



Grafiken, Karten und Fakten zur Militarisierung

Autoren:
Fred Schmid
Claus Schreer

isw-Grafik-Report 12
Januar 2009
56 S. farbig / 6,00 EUR

In 8 Abschnitten (Welt in Waffen / 60 Jahre NATO / Bundeswehr in aller Welt / Globalisierung und Krieg / Ressourcen-Imperialismus / Rüstung und Profit / Folgen von Rüstung und Krieg / Alternativen) und 52 Seiten-Kapiteln liefert dieser Grafik-Report Karten, Grafiken, Karikaturen und Kurztexte mit den wichtigsten Fakten und Argumenten zu Nato und Bundeswehr, zu Globalisierung und Krieg, Rüstung und Profit und vielem mehr.

Peter Strutynski (2003b): Die alten und die neuen Kriege: Kontinuität und Diskontinuität in den weltpolitischen Konfliktkonstellationen. In: ÖSFK (Hg.), Europa Macht Frieden, Münster, S. 85-99

Peter Strutynski (2008): Die einzige Alternative zum Afghanistankrieg heißt: Kein Krieg. In: Erhard Crome (Hg.), Internationale Politik im 21. Jahrhundert. Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen, Berlin, S. 140-150

Peter Strutynski (2009a): Von Afghanistan bis Georgien: Positionskämpfe um die neue Weltordnung. In: Unsere Zeit, 29. August

Peter Strutynski (2009b): Die Globalisierung der NATO – oder: Die Militarisierung des Globus. In: Bundesausschuss Friedensratschlag und AG Friedensforschung (Hg.), 60 Jahre NATO: Es reicht! Friedens-Memorandum 2009 EXTRA, Kassel, S. 7-24

Terre des hommes/Welthungerhilfe (2007): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik, Fünfzehnter Bericht 2006/2007, o.O., November

Immanuel Wallerstein (2002): The Eagle Has Crash Landed. In: Foreign Policy, Juli/August; www.foreignpolicy.com

The World Bank 2009: World Development Report 2009: Reshaping Economic Geography, Washington

Jean Ziegler (2005): Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, Bertelsmann: München



Fakten & Argumente für die Diskussion in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft

Autoren:
Fred Schmid
Conrad Schuhler

isw-wirtschaftsinfo 42
Juni 2009
66 Seiten / 5,00 EUR

Das wirtschaftsinfo betrachtet nicht nur den Vorjahreszeitraum und gibt einen Ausblick auf das laufende Jahr, sondern zieht auch eine Bilanz der Großen Koalition von 2005 bis 2009.

In 17 Einzelkapiteln wird die wirtschaftliche und soziale Situation untersucht. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken. Den Kapiteln vorangestellt ist ein ausführlicher Kommentar von Conrad Schuhler: "Die Große Koalition hat versagt".



Wenn das System die letzte Ursache der Krise und ihrer Folgen ist, dann muss man sich an die Veränderung der Struktur heranzumachen.

Autoren:
Franz Garnreiter
Leo Mayer
Fred Schmid
Conrad Schuhler

isw-report 76
April 2009
56 Seiten / 4,00 EUR

Untersucht wird der "global synchrone Abschwung" als die allgemeine Strukturkrise des modernen Kapitalismus. Was taugen die Sanierungsprogramme, die die neoliberalen Eliten weltweit in Gang setzen? Welche Potenzen, welche Alternativen hat der Kapitalismus noch? Wie weit reichen die Konzepte, die einen "besseren" Kapitalismus wollen?



Spekulation Krisen Alternativen

Autoren:
Franz Garnreiter
Leo Mayer
Fred Schmid
Conrad Schuhler

isw-report 75
September 2008
56 Seiten / 4,00 EUR

Untersucht wird die Bildung und das Platzen der Spekulationsblasen des letzten Jahrzehnts. Woher kommen die gewaltigen Geldmassen, die zur Aufblähung der Finanzmärkte führen? Wie wirkt sich die "Dominanz der Finanzmärkte" auf die Realwirtschaft aus? Welche Konsequenzen hat die wachsende Transnationalität des Finanzkapitals für die Unternehmensstrategien?



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

www.isw-muenchen.de

ISSN: 1614-9289